

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Europäischer Wirtschaftssenat .....	
2. Wirtschaftsbeirat Bayern .....	
3. Wir Eigentümerunternehmer .....	
4. Bund der Steuerzahler .....	
5. EWS-Mitgliederliste 2024 Stand 06.03.24.pdf .....	
6. European Resource Bank .....	
7. EIKE .....	
8. Monika Hohlmeier .....	
9. Roland Koch .....	
10. Ludwig-Erhard-Stiftung .....	
11. Udo di Fabio .....	
12. Stiftung Familienunternehmen .....	

## Europäischer Wirtschaftssenat

Der **Europäische Wirtschaftssenat** (EWS) ist eine intransparente Lobby-Organisation, die vom Bund der Steuerzahler in Bayern und der Taxpayers Association of Europe (TAE) kontrolliert wird. Der EWS richtet sich gegen "überbordende Bürokratie", die es "erforderlich" mache, dass Unternehmer verstärkt ihren Rat einbringen".<sup>[1]</sup> Konkret lobbyierte der EWS zum Beispiel gegen das europäische Lieferkettengesetz. Zu den wenigen bekannten Mitgliedern des EWS gehören die AUDI AG und die Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG.

### Europäischer Wirtschaftssenat e.V. (EWS)

**Rechtsform** e.V.

**Tätigkeitsbereich** Schnittstelle zwischen Unternehmern und politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene

**Gründungsdatum** 2003

**Hauptsitz** Nymphenburger Str. 118, 80636 München

**Lobbybüro** Rue d'Arlon 46 B-1000 Brüssel

**Webadresse** [www.eu-wirtschaftsrat.eu](http://www.eu-wirtschaftsrat.eu)

### Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss .....	3
2	Ziele und Aktivitäten .....	3
2.1	Position zum Lieferkettengesetz .....	3
3	Muttervereine des EWS: Bund der Steuerzahler in Bayern und Taxpayers Association of Europe (TAE) .....	4
4	Zentrale Akteure .....	4
4.1	Ingo Friedrich .....	4
4.2	Michael Jäger .....	5
4.3	Rolf von Hohenhau .....	5
5	Gremien .....	5
5.1	Vorstand .....	5
5.2	Aufsichtsrat .....	5
5.3	Geschäftsführung .....	6
5.4	Büro Brüssel .....	6
5.5	Wissenschaftlicher Beirat .....	6
6	Senatoren h.c. ....	6
7	Partner .....	6
8	Ehrenmitglieder (Auswahl) .....	7
9	Lobbyregister .....	7
9.1	EU-Lobbyregister .....	7
9.2	Lobbyregister des Bundestages .....	8
10	Finanzen .....	8
11	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	8
12	Einzelnachweise .....	8

## Lobbystrategien und Einfluss

---

Der Europäische Wirtschaftssenat e.V. (EWS) bezeichnet sich als "ein europäisches Gremium ausgewählter, besonders erfolgreicher Unternehmen und Persönlichkeiten", die den politischen Entscheidungsträgern ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen wollen. Als Leitbilder nennt der EWS die „Soziale Marktwirtschaft“ sowie die Grundwerte des „ehrbaren Kaufmanns“. Zu den Vorteilen für Mitglieder gehört nach eigenen Angaben der direkte Zugang auf Augenhöhe zu politischen Entscheidern und Repräsentanten. <sup>[2]</sup>

Die Positionen des EWS werden auf Unternehmertagen und in den Branchenausschüssen erarbeitet. Zu den Branchenausschüssen wird erläutert: "Neben den vielen gemeinsamen Interessen der Wirtschaftssenatoren...ist es von Bedeutung, dass Unternehmer in unterschiedlichen Ausschüssen über ihre speziellen Probleme und die Herausforderungen ihrer Branche diskutieren um gemeinsame Aktivitäten zu beschließen und diese in die Politik und Gesellschaft zu transferieren."<sup>[3]</sup>

Bei EWS EU Live vom 5.12.2023 wurden die Ergebnisse des Unternehmertages vom 29.11.2023 vorgestellt: "Michael Jäger, Präsident des Europäischen Steuerzahlerbundes (TAE), Dr. Horst Heitz, Executive Director von SME Europe, sowie Präsident Dr. Ingo Friedrich, werden von den aktuellen Hintergrundgesprächen und Entwicklungen aus Brüssel berichten. Dabei wird unter anderem auch das neue Positionspapier der TAE vorgestellt. Ziel ist es, auf Basis der Ergebnisse unseres Unternehmertages mit Ihnen ein gemeinsames Positionspapier für die Europawahl zu erarbeiten, das dann als unsere Forderungen an die Politik adressiert wird."<sup>[4]</sup>

Zur Kontaktpflege mit EU-Parlamentariern gibt es einen [Unternehmerdialog im Europäischen Parlament](#) in Kooperation mit SME Connect und SME Europe.

## Ziele und Aktivitäten

---

Der EWS weist u.a. ein Projekt "Unternehmer an Bildungsstätten" aus. "Unternehmer gehen an Schulen und stellen sich den Fragen von Schülern der letzten drei Schuljahrgänge." heißt es dort.<sup>[5]</sup>  
23.02.2024 "Das grundlegende Missverständnis der linksliberalen Medien mit verheerenden Folgen für die Demokratie", Kommentar von EWS-Präsident Friedrich <sup>[6]</sup>

## Position zum Lieferkettengesetz

---

Am 02.04.2024 veröffentlicht der EWS gemeinsam mit [Taxpayers Association of Europe](#) (TAE) ein Positionspapier zum europäischen Lieferkettengesetz.<sup>[7]</sup> Es wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Bestätigung durch das EU-Parlament am 24.04.2024 verhindert werden müsse.

## Muttervereine des EWS: Bund der Steuerzahler in Bayern und Taxpayers Association of Europe (TAE)

---

Der EWS gehört zu einem Geflecht von Vereinen, das vom Bund der Steuerzahler in Bayern und der Taxpayers Association of Europe (TAE) über Satzungsregelungen und ihre Repräsentanz in den EWS-Leitungsgremien beherrscht wird:

- Laut der [Satzung des EWS](#) spielen der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE als Gründungsmitglieder eine führende Rolle beim EWS.
- In § 1 der Satzung wird als Anschrift des Vereins die Nymphenburger Straße 118, 80636 München, genannt, wo auch der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE residieren.
- § 2 verpflichtet den EWS, auf Vereinsebene den Kooperationspartnern, dem Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. und der TAE, seine Wirtschaftskompetenz zur Verfügung zu stellen.
- In § 5 ist festgeschrieben, dass der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE ordentliche Mitglieder in dem Vereins sind. Darüber hinaus können weitere juristische Personen und natürliche Personen Vereinsmitglieder werden.
- Der Aufsichtsrat des EWS besteht nach § 12 aus fünf Mitgliedern, die sich wie folgt zusammensetzen: ein Mitglied wird durch die TAE bestellt, zwei Mitglieder durch den Bund der Steuerzahler in Bayern und zwei Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Somit verfügen die EWS-Kooperationspartner Bund der Steuerzahler in Bayern und TAE über eine gesicherte Mehrheit im Aufsichtsrat, zu dessen Aufgaben die Auswahl, Berufung und Abberufung des Generalsekretärs und des Geschäftsführers sowie die Kontrolle der Vereinsführung gehört.
- Geschäftsführer und Generalsekretär des EWS ist Michael Jäger, der zugleich Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Präsident der TAE ist.
- EWS-Aufsichtsratsvorsitzender ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern.

Auch der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE sind untereinander personell verflochten.

## Zentrale Akteure

---

### Ingo Friedrich

---

Ingo Friedrich, Präsident des EWS, fungiert als „Türöffner“ zur Politik. Der CSU-Politiker war langjähriges Mitglied im Parteivorstand der CSU und Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Sein strategisches Ziel beim EWS sei es, „den EWS zu einem der einflussreichsten Partner der Wirtschaft für die deutsche und europäische Politik zu machen.“<sup>[8]</sup> 1991 gründete Friedrich den «Diskussionskreis Mittelstand im Europäischen Parlament» und wurde Gründungsvorsitzender der Europäischen Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung (EWMV), deren Ehrenvorsitzender er noch heute ist.<sup>[9]</sup> Weiterhin ist er als Vorstandsmitglied von [SME Europe](#), als Vorsitzender des Fachbereichs Europapolitik beim [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), als Exekutivpräsident der Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) - [Wir Eigentümerunternehmen](#) und Vorstandsmitglied (Schatzmeister & Chef der Finanzstiftung) der Europäischen Volkspartei (EVP) aktiv.<sup>[10]</sup> Er sitzt außerdem im Aufsichtsrat der Wackler Holding ES.<sup>[11]</sup>

## Michael Jäger

---

Der berufliche Werdegang des ehem. CSU-Kommunalpolitikers Michael Jäger ist [hier](#) abrufbar. Danach ist der Geschäftsführer der Agentur [Jaeger EuroConsult](#) seit 1991 beim Bund der Steuerzahler in Bayern aktiv - aktuell als Vizepräsident (seit 2019 ist er auch Vizepräsident des [Bundes der Steuerzahler](#)). Von Anfang an war er auch für den Europäischen Steuerzahlerbund tätig. Seit 1996 ist er für die Taxpayers Association of Europe (TAE) aktiv, aktuell als deren Präsident. Er ist außerdem Mitglied des Vorstands der [World Taxpayers Associations](#). Seit 2009 arbeitet er zudem für den Europäischen Wirtschaftssenat (EWS), seit 2011 als Geschäftsführer. Weiterhin gehört er dem Vorstand des Austrian Economics Center (AEC) und des [Wirtschaftsbeirats Bayern](#) an.

Jäger beschreibt seine Tätigkeit auf der Webseite seiner [Jaeger EuroConsult](#) wie folgt: „Nach über 30 Jahren als Lobbyist und unzähligen persönlichen europäischen Kontakten und Verbindungen ist ein breit gefächertes europäisches Netzwerk entstanden, das Kunden von Jaeger EuroConsult verfügbar gemacht werden kann.“

## Rolf von Hohenhau

---

Der ehem. CSU-Kommunalpolitiker Rolf von Hohenhau gehört zu den Gründungsmitgliedern des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS).<sup>[12]</sup> Er ist Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Ehrenpräsident der Taxpayers Association of Europe (TAE), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [World Taxpayers Associations](#) und Vorsitzender des Aufsichtsrats des EWS. Weiterhin betätigt er sich als Vorsitzender des Fachausschusses Steuer- und Finanzpolitik beim [Wirtschaftsbeirat Bayern](#).

## Gremien

---

Organigramm<sup>[13]</sup>

Zur Verknüpfung mit dem [Bund der Steuerzahler](#) siehe Lobbypedia-Artikel.

## Vorstand

---

Laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts München (Stand: 17.06.2024) sind Mitglieder des Vorstands:

- Ingo Friedrich (Präsident), CSU-Politiker, Vorstandsmitglied der Europäischen Volkspartei (EVP)<sup>[14]</sup>
- Daniel Bercel (Vizepräsident)
- Malte Berlin (Vizepräsident)

## Aufsichtsrat

---

Vorsitzender: Rolf von Hohenhau, CSU-Politiker, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. und der Taxpayers Association of Europe. Die weiteren Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

## Geschäftsführung

---

Präsident: Ingo Friedrich

Geschäftsführer und Generalsekretär seit 2011: Michael Jäger, seit 1991 angestellt beim Bund der Steuerzahler in Bayern - aktuell ist er Vizepräsident

## Büro Brüssel

---

Leiter: Horst Heitz, Generalsekretär der Taxpayers Association of Europe (TAE) und von SME Europe (Mittelstandsvereinigung der EVP), Vorsitzender des „Steering Committee“ von [SME Connect](#)<sup>[15][16]</sup>

## Wissenschaftlicher Beirat

---

- Prof. Richard K. Vedder, Universität Ohio USA, "Pers. Berater von R. Reagan, W. Putin und der baltischen Präsidenten, sowie der Regierungen von Polen und Ungarn" zitiert aus dem Organigramm; The Heartland Institut führt Vedder als Politikberater für Wirtschaft <sup>[17]</sup>
- Prof. Dr.-Ing. habil. Joachim Warschat, Fraunhofer Gesellschaft, Direktor des Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation
- Dr. Richard Beyer, [European Taxpayers Institute of Public Finance \(EIPF\)](#), im Organigramm nicht korrekt angegeben;

## Senatoren h.c.

---

Nach mindestens 2-jähriger Mitgliedschaft eines Unternehmens kann ein Repräsentant desselben durch einen Vorstandsbeschluss zum Senator h.c. ernannt werden. Die rund 200 Senator:innen finden sich in folgender Auflistung: [Datei:EWS-Mitgliederliste 2024 Stand 06.03.24.pdf](#). Einmal pro Monat gibt es das digitale Senatoren Briefing [EWS EU Live](#).

## Partner

---

Laut [EWS-Organisation](#) gibt es die folgenden Partner:

- Taxpayers Association of Europe (TAE)
- Bund der Steuerzahler in Bayern
- [European Institute of Public Finance \(EIPF\)](#) - scheint inaktiv zu sein
- [World Tax Payers Associations](#): Michael Jäger, Geschäftsführer des EWS, ist Vorstandsmitglied
- Tax Payers Association Ukraine
- Konrad Adenauer Stiftung (CDU-nahe Stiftung)
- Hanns Seidel Stiftung (CSU-nahe Stiftung)
- [Hayek Institute](#)
- [Austrian Economics Center](#): Michael Jäger, Geschäftsführer des EWS, ist Vorstandsmitglied
- [European Resource Bank](#): Als Redner beim [European Resource Bank Meeting 2024](#) ist Wolfgang Müller, Generalsekretär des Klimaleugner-Instituts [EIKE](#), angekündigt
- [Vereinigung Europäischer Journalisten](#): Michael Jäger, Geschäftsführer des EWS, ist Geschäftsführer /Generalsekretär; Rolf von Hohenhau, Vorsitzender des Aufsichtsrats des EWS, ist Beisitzer
- [Communications Network](#)

- [Presseclub München](#)

Weitere Partner sind die Mittelstandsnetzwerke SME Global und SME Connect

- [SME Global](#). Tätigkeit: „SME Global is a globally active center-right network dedicated to fostering the growth of small and medium-sized enterprises (SMEs) and startups on a global scale. Our association comprises politicians from the member parties of the International Democracy Union alongside business representatives from across the globe.“<sup>[18]</sup> Zu den Mitgliedern der International Democratic Union (IDU) gehört die Europäische Volkspartei, deren Präsident Manfred Weber (CSU) ist.<sup>[19]</sup> Einer der Vizepräsidenten der IDU ist der CSU-Politiker und EU-Parlamentarier Florian Hahn.<sup>[20]</sup>
- [SME Connect](#). Tätigkeit: SME Connect ist eines der größten Netzwerke, das sich für kleine und mittlere europäische Unternehmen einsetzt.<sup>[21]</sup> Präsident ist der ÖVP-Politiker Paul Rübiger, ehem. EU-Parlamentarier. Zu den Vorstandsmitgliedern gehören Axel Voss (CDU/EVP) und [Monika Hohlmeier](#) (CSU /EVP). Unternehmen erhalten über das Netzwerk Zugang zu EU-Parlamentariern, darunter auch Digitalkonzerne als Friends of SMES. Zu den Mitgliedern gehören: [SME Global](#), [SME Europe](#), EWS und die Taxpayers Association of Europe (TAE). Vorsitzender des "Steering Committee" ist Horst Heitz, Leiter des Büros Brüssel des EWS.<sup>[22]</sup>

Personelle Verbindungen gibt es zu [SME Europe](#), der Mittelstandsvereinigung der EVP, die sich in Brüssel für eine Gesetzgebung im Sinne kleiner und mittlerer Unternehmen einsetzt. Präsident ist der slowakische Politiker Ivan Stefanec (SDKU-DS/EVP). Vorstandsmitglied ist Ingo Friedrich, CSU-Politiker und Präsident des EWS.<sup>[23]</sup> Generalsekretär ist Horst Heitz, der zugleich Generalsekretär der Taxpayers Association of Europe (TAE) ist.

## Ehrenmitglieder (Auswahl)

---

- Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg (1995-2013)
- Alexander Graf Lambsdorff, deutscher Botschafter in Russland, ehem. Vizepräsident Europäisches Parlament
- Rocco Buttiglione, Vizepräsident des Italienischen Parlaments (2008-2013)
- [Roland Koch](#), Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem. Ministerpräsident von Hessen und ehem. Vorsitzender der CDU-Hessen
- Wolfgang Bosbach, ehem. Vorsitzender des Innenausschusses des dt. Bundestages
- Karl Otto Pöhl (†), ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank
- [Udo di Fabio](#), [Stiftung Familienunternehmen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D.
- Manfred Weber, MdEP, Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament

## Lobbyregister

---

### EU-Lobbyregister

---

Registrierungsdatum: 29.04.2024 Anzahl der Lobbyvertreter: 5 Geschäftsjahr 2022: aufgewendete Kosten: 25.000€ - 49.999€ Mitgliedschaft: SME connect<sup>[24]</sup> Präsident Paul Rübiger (ÖVP), MdEP 1996-2019;

## Lobbyregister des Bundestages

---

Der EWS ist nicht registriert. Drei Unternehmen haben eine Mitgliedschaft beim EWS angegeben:

- Bundesverband eMobilität e.V. (BEM), Ingo Friedrich leitet die EU-Repräsentanz in Brüssel seit 2019 <sup>[25]</sup>
- Audi AG
- Dr.Ing.h.c. F. Porsche

## Finanzen

---

Bis auf die wenigen Mitglieder des EWS, die durch das deutsche Lobbyregister bekannt werden, ist vollkommen intransparent, aus welchen Mitteln der EWS seine Arbeit finanziert.

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Wir über uns](#), wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 18.07.2024
2. ↑ [Senatoren](#), wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 25.06.2024
3. ↑ [Branchenausschüsse](#), wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 25.06.2024
4. ↑ [EW EU Live \(12/2023\)](#), eu-wirtschaftssenat.eu vom 05.12.2023, abgerufen am 25.06.2024
5. ↑ [Projekte](#)eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 14.06.2024
6. ↑ [verheerende-folgen-für-die-demokratie](#) eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 14.06.2024
7. ↑ [positionspapier-zum-eu-lieferkettengesetz](#) eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 13.06.2024
8. ↑ [Erfolge](#), ingo-friedrich.de, abgerufen am 24.06.2024
9. ↑ [Erfolge](#), ingo-friedrich.de, abgerufen am 24.06.2024
10. ↑ [Erfolge](#), ingo-friedrich.de, abgerufen am 24.06.2024
11. ↑ [Aufsichtsrat der Wackler Holding SE](#), wackler-group.de, abgerufen am 29.06.2024
12. ↑ [von Hohenau, Rolf](#), freemarket-rs.com, abgerufen am 18.06.2024
13. ↑ [Organigramm](#) wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 03.06.2024
14. ↑ [ueber mich](#), ingo-friedrich.de, abgerufen am 12.06.2024
15. ↑ [Impressum](#), eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 30.06.2024
16. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 30.06.2024
17. ↑ [who we are](#) heartland.org, abgerufen am 03.06.2024
18. ↑ [WE ARE](#), idu.org, abgerufen am 28.06.2024
19. ↑ [Members](#), idu.org, abgerufen am 28.06.2024
20. ↑ [Leadership](#), idu.org, abgerufen am 28.06.2024
21. ↑ [SME CONNECT](#), smeconnect.eu, abgerufen am 28.06.2024
22. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 30.06.2024
23. ↑ [Board](#), smeeurope.eu, abgerufen am 28.06.2024

24. ↑ [aboutsmeconnect.eu](https://aboutsmeconnect.eu), abgerufen am 14.06.2024

25. ↑ [eu-repraesentant-dr-ingo-friedrichwww.bem-ev.de](https://eu-repraesentant-dr-ingo-friedrichwww.bem-ev.de), abgerufen am 18.06.2024

## Wirtschaftsbeirat Bayern

Der 1948 gegründete **Wirtschaftsbeirat Bayern**, auch **Wirtschaftsbeirat der Union** genannt, ist der einflussreiche Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Zwischen dem Wirtschaftsbeirat und der CSU gibt es enge Verflechtungen, die für intransparente Lobbyaktivitäten genutzt werden können. Mehrere Präsidiumsmitglieder des Wirtschaftsbeirats sind gleichzeitig Mitglieder des Präsidiums der CSU. Auch die Präsidentin [Angelika Niebler](#) gehört dem CSU-Präsidium an. (Stand: März 2022). Laut [EU Transparenz-Register](#) verfügte der Wirtschaftsbeirat im Jahr 2020 über ein Budget von ca. 906 Tsd. Euro, das im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge und Sponsoring finanziert wurde.

### Wirtschaftsbeirat Bayern

<b>Rechtsform</b>	eingetragener Verein
<b>Tätigkeitsbereich</b>	Interessenverband bayerischer Unternehmen, die der CSU nahe stehen
<b>Gründungsdatum</b>	1948
<b>Hauptsitz</b>	München
<b>Lobbybüro</b>	Forum Berlin
<b>Lobbybüro EU</b>	Forum Brüssel
<b>Webadresse</b>	<a href="https://wbu.de">wbu.de</a>

### Inhaltsverzeichnis

1 Präsidium als Netzwerk .....	9
1.1 Präsident:innen .....	10
1.2 Schatzmeisterin .....	10
1.3 Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums) .....	10
1.4 Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen .....	10
1.5 Bayerische Staatsminister:innen a.D. ....	10
1.6 Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen .....	10
2 Lobbystrategien und Einfluss .....	11
3 Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss .....	11
4 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen .....	11
4.1 Generalsekretär .....	11
4.2 Präsidium .....	12
4.3 Foren Berlin und Brüssel .....	12
5 Weiterführende Informationen .....	12
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	12
7 Einzelnachweise .....	12

## Präsidium als Netzwerk

Dem [Präsidium](#) des Wirtschaftsbeirats gehören aktuelle und ehemalige CSU-Politiker, Repräsentanten von Unternehmen und Verbänden, Staatsminister a.D. sowie wirtschaftsnahe Wissenschaftler an.

## Präsident:innen

---

- [Angelika Niebler](#), (Präsidentin), Leiterin Forum Brüssel), Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Mitglied des CSU-Präsidiums, Stellv. Parteivorsitzende der CSU und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Über Frau Niebler nimmt die Lobbyorganisation regelmäßig an den Sitzungen des CSU-Präsidiums teil
- Hans Hammer (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Hammer AG und Schatzmeister der CSU München
- Reimund Gotzel (Vizepräsident), Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG

## Schatzmeisterin

---

- Christine Bortenlänger, Geschäftsführende Vorständin des Deutschen Aktieninstitut

## Einflussreiche CSU-Politiker:innen (Mitglieder des Präsidiums)

---

Im Präsidium des Wirtschaftsbeirats sind - neben Frau Niebler - die folgenden weiteren Mitglieder des CSU-Präsidiums aktiv: Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags), Joachim Herrmann (Mitglied des Bayerischen Landtags, Bayerischer Staatsminister des Innern) und Manfred Weber (Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Stellv. Parteivorsitzender der CSU).

## Repräsentant:innen von Unternehmen, Verbänden und Lobbyorganisationen

---

Hierzu gehören u.a.:

- Ilka Hostmeier, BMW AG
- Roland Berger, Roland Berger Strategy Consultants GmbH
- Bertram Brossardt, [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Astrid Hamker, [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Michael Jäger, [Bund der Steuerzahler](#) Bayern, [Europäischer Wirtschaftssenat](#)
- Klemens Joos, Lobbyagentur [EUTOP](#)
- Sigmund Gottlieb, [Kekst CNC](#)
- Peter Kössler, AUDI
- Christian Pols, [Airbus](#) Defence Space GmbH
- Thomas Schmid, Bayerischer Bauindustrieverband

## Bayerische Staatsminister:innen a.D.

---

- Reinhold Bocklet
- Erwin Huber
- Ursula Männle
- Alfred Sauter
- Hans Spitzner

## Wirtschaftsnahe Wissenschaftler:innen

---

- Hans-Werner Sinn, Präsident a.D. ifo Institut

- [Clemens Fuest](#), Präsident ifo Institut

## Lobbystrategien und Einfluss

---

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist ein Netzwerk CSU-naher Unternehmen, die für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in Land, Bund und EU eintreten. Die Vereinigung vertritt die Interessen von rund 1.900 Mitgliedern (Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus der Wirtschaft, Vertreter der Freien Berufe sowie international tätige Großunternehmen und mittelständische Betriebe aus Bayern).

An den Veranstaltungen<sup>[1]</sup> sowie den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise<sup>[2]</sup> beteiligen sich neben Vertretern der Wirtschaft oft auch führende Vertreter der bayerischen Landesregierung, CSU-Minister und CSU-Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordnete. Regelmäßige Treffen gibt es auch mit Vertretern der Bundesregierung und der EU-Kommission. Die bayerische Wirtschaft erhält so die Gelegenheit, bei politischen Entscheidungsträgern für ihre Vorstellungen wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen zu werben.

Präsidentin und Ansprechpartnerin in Brüssel ist die Europaabgeordnete [Angelika Niebler](#) (CSU), Rechtsanwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher, und Vorsitzende der CSU-Europagruppe. Im Jahresbericht 2018 des Generalsekretärs des Wirtschaftsbeirats wird zu den Aktivitäten in Brüssel ausgeführt: "Für Sie als Mitglieder des Wirtschaftsbeirats kommt es darauf an, dass wir Ihre Anliegen auch in Berlin und in Brüssel direkt einspeisen. Dem dient zum einen das Dialogprogramm in Brüssel...Die Vorsitzende der CSU Europagruppe Frau Prof. Dr. [Angelika Niebler](#), MdEP, nahm sich dafür ebenso Zeit wie [Markus Ferber](#) und EU-Kommissar [Günther Oettinger](#) u. a... Mit Frau Prof. Niebler und [Markus Ferber](#) ist der Wirtschaftsbeirat in Brüssel und Straßburg bestens präsent".<sup>[3]</sup>

## Leugner des menschengemachten Klimawandels als Referent im Umweltausschuss

---

Vorsitzender im [Ausschuss für Umweltpolitik](#) ist Dr. Peter von Zumbusch, Vorsitzender der Initiative [ChemDelta Bavaria](#) und Standortleiter der Wacker Chemie AG in Burghausen. Dessen Vorgänger als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltpolitik war Bernhard Langhammer, Pressesprecher der Initiative [ChemDelta Bavaria](#). Bei einer Online-Veranstaltung des Ausschusses vom 10.03.2021 zum Thema „Unerwünschte Wahrheiten - Klima- und Energiepolitik auf dem Prüfstand“ trat als einziger Referent [Fritz Vahrenholt](#) auf, dessen Thesen schon seit Jahren als widerlegt gelten und von Wissenschaftlern als „kompletter Unsinn“ bezeichnet werden.<sup>[4][5]</sup> Moderiert wurde die Veranstaltung von Bernhard Langhammer.<sup>[6]</sup>

## Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

---

### Generalsekretär

---

Generalsekretär ist Michael Hinterdobler, ehem. Leiter der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union<sup>[7]</sup>

## Präsidium

---

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Präsidentin ist [Angelika Niebler](#) (CSU/MdEP), Mitglied des Präsidiums der CSU.

## Foren Berlin und Brüssel

---

Ansprechpartner der Foren Berlin und Brüssel sind<sup>[8]</sup>:

Alexander Radwan (Forum Berlin), MdB (CSU), Anwalt bei [Waigel Rechtsanwälte](#)

[Angelika Niebler](#) (Forum Brüssel), MdEP (EVP/CSU), Präsidentin des Wirtschaftsbeirats, Anwältin bei Gibson, Dunn & Crutcher

## Weiterführende Informationen

---

- ...

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Veranstaltungen](#), wbu.de, abgerufen am 08.07.2019
2. ↑ [Generalversammlung 2015 Jahresbericht des Generalsekretärs](#), wbu.de, abgerufen am 11.03.2017
3. ↑ [Jahresbericht 2018](#), wbu.de, abgerufen am 17.03.2021
4. ↑ [Und sie erwärmt sich doch, Studie des Umweltbundesamtes vom April 2013, S. 110 ff.](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 17.03.2021
5. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Deutschen Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 17.03.2021
6. ↑ [Veranstaltungsrückblick](#) www.wbu.de, Abgerufen am 11.08.2021
7. ↑ [Organigramm](#), bayern.de, abgerufen am 09.03.2026
8. ↑ [Foren](#), wbu.de, abgerufen am 02.09.2024

## Wir Eigentümerunternehmer

---

Die Verbandsgruppe „Wir Eigentümerunternehmer“ ist eine Interessenvertretung von mittelständischen Unternehmen und Freiberuflern. Die in der Gruppe kooperierenden und personell miteinander verflochtenen drei Vereine sowie die

### Wir Eigentümerunternehmer

**Rechtsform** Verbandsgruppe, bestehend aus 3 eingetragenen Vereinen und einer Stiftung

**Tätigkeitsbereich** Interessenvertretung von mittelständischen Unternehmen und

Stiftung „Wir Eigentümerunternehmer“ haben ihren Sitz in München, Edelbergstr. 8. Auf nationaler Ebene ist die Wir Eigentümer-Gruppe Mitglied in der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und im Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft, auf europäischer Ebene in der European Small Business Alliance (ESBA)

#### Wir Eigentümerunternehmer

**h** Freiberuflern

**Gründun** 1991/1994

**gsdatu**

**m**

**Hauptsit** München, Edelbergstr. 8

**z**

**Lobbybü**

**ro**

**Lobbybü**

**ro EU**

**Webadr** [bm-mittelstand.com](http://bm-mittelstand.com), [umu.de](http://umu.de), [ewif.de](http://ewif.de)

**esse**

#### Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligte Vereine .....	13
1.1 Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM .....	13
1.2 Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU .....	14
1.3 Europäisches Wirtschaftsforum e.V. - EWIF .....	14
2 Stiftung Wir Eigentümerunternehmer .....	15
3 Aktivitäten .....	15
4 Weiterführende Informationen .....	15
5 Einzelnachweise .....	15

## Beteiligte Vereine

### Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM

Der 1994 gegründete Bundesverband Deutscher Mittelstand (BM) ist ein Dachverband mit 80 Mitgliedern. Laut Vereinsregister des AG München (Abruf vom 04.12.2022) sind vertretungsberechtigt

- Vorsitzender: UFB-Unternehmensberatung GmbH (Geschäftsführer: Friedrich Marx und Florian Sturm)
- Generalsekretär: UMU-Data GmbH (Geschäftsführer: Gertrud Schulz, Florian Sturm)
- Stellv. Vorsitzender: UMU-UFB-Geschäftsführung GmH (Geschäftsführer: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch)
- Hauptgeschäftsführer: VM Verbands-Management GmbH (Geschäftsführer: Johann Stigler)

Das Präsidium besteht aus

- Volker Römermann (Präsident), CSP, Vorstand der Römermann Rechtsanwälte AG
- Dina Treu (Vizepräsidentin)

Vorstandsmitglieder sind: Johann Stigler, Florian Sturm, Rechtsanwalt Peter von Borch, Friedrich Marx

## Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU

---

Die Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) hat 1.660 Mitglieder. Sie ist Mitglied im Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft. Laut Vereinsregister des AG München (Abruf vom 04.12.2022) sind vertretungsberechtigt

- Besonderer Vertreter: Irmgard Scharrer
- Vorstand: UFB-Unternehmensberatung GmbH (Geschäftsführer: Gertrud Schulz, Florian Sturm)
- Vorstand: UMU-Data GmbH (Geschäftsführer: Gertrud Schulz, Florian Sturm)
- Vorstand: UMU-UFB Geschäftsführung-GmbH (Geschäftsführer: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch)

Das Präsidium besteht aus

- Yorck Otto (Präsident), Unternehmensberater, Honorarkonsul von Indonesien<sup>[1]</sup>
- Claus Lohse (Vizepräsident)
- Ingo Friedrich (Exekutivpräsident), CSU-Politiker, Vorsitzender des Fachausschusses "Europapolitik" des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied im Parteivorstand der CSU

Vorstandsmitglieder sind: Johann Stigler, Florian Sturm, Rechtsanwalt Peter von Borch, Friedrich Marx

## Europäisches Wirtschaftsforum e.V. - EWiF

---

Das 1991 gegründete Europäische Wirtschaftsforum (EWiF) ist ein europäisches Unternehmerforum zur Interessenvertretung für kleine und mittlere Unternehmen bei den EU-Institutionen, dem 100 Mitglieder angehören.<sup>[2]</sup> Der Verband hat neben Einzelmitgliedern ebenfalls verschiedene Verbände des Mittelstands als Mitglied und vertritt auch deren Mitgliedsunternehmen. Das EWiF ist Mitglied in der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und der Bundesvereinigung der Dienstleistungswirtschaft sowie der European Small Business Alliance (ESBA).

Laut Vereinsregister des AG München (Abruf vom 04.12.2022) sind vertretungsberechtigt

- Vorstand: UMU-UFB Geschäftsführung GmbH (Geschäftsführer: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch)
- Vorstand: VM Verbands-Management GmbH (Geschäftsführer: Johann Stigler)

Das Präsidium besteht aus

- Werner Küsters (Präsident), Präsident des Bundesverbands der Dienstleistungswirtschaft a.D.
- Hans Spitzner (Vizepräsident), ehem. Mitglied des bayerischen Landtags (CDU), Staatssekretär a.D.
- Volker Knittel (Vizepräsident)

Vorstandsmitglieder sind: Friedrich Marx, Johann Stigler und Rechtsanwalt Peter von Borch

## Stiftung Wir Eigentümerunternehmer

---

Die **Stiftung** setzt sich nach eigenen Angaben dafür ein, "dass die Bedeutung und die Leistung der Eigentümer- und Familienunternehmen in unserer Gesellschaft anerkannt und angemessen gewürdigt werden".<sup>[3]</sup> Dem Stiftungszweck dienen u.a. Öffentlichkeitsarbeit und die Förderung einer unternehmerfreundlichen Steuerpolitik. Organe sind der Stiftungsrat und der Stiftungsvorstand, deren Mitglieder [hier](#) abrufbar sind. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Jürgen Großmann. Dem Stiftungsvorstand gehören Friedrich Marx und Michael Staub an.

## Aktivitäten

---

Die Verbandsgruppe verweist darauf, dass in Gesprächen mit Regierungs- und Parteienvertretern viele Gesetze, die den Mittelstand belastet hätten, verhindert oder abgeschwächt werden konnten.<sup>[4]</sup> Der „Arbeitskreis Wirtschaft & Politik“ ist ein Forum, um politische Positionen des Mittelstands zu entwickeln. Zu den Highlights der Aktivitäten gehören die Vergabe von Mittelstandspreisen und die Berufung von "Senatoren".

Der **Bayerische Mittelstandspreis** wird vom Europäischen Wirtschaftsforum e.V., dem Gipfforum und der Hochschule für angewandtes Management (HAM) vergeben.<sup>[5]</sup> Die Schirmherrschaft haben Ilse Aigner, MdL (CSU), Präsidentin des Bayerischen Landtags, und Hubert Aiwanger (Freie Wähler), bayerischer Wirtschaftsminister, übernommen. Der **Deutsche Elite-Mittelstandspreis** wurde 1994 ins Leben gerufen und wird jährlich von der Stiftung und der Verbandsgruppe verliehen. Auch der **Europäische Mittelstandspreis** wird jährlich von den vorgenannten Organisationen vergeben. Von ihm gibt es die Kategorien Globalstufe und Kontinentalstufe.

In **den Europäischen Senat** werden nach eigenen Angaben erfolgreiche Persönlichkeiten aus ganz Europa berufen, die sich über Jahre und Jahrzehnte erfolgreich im und für den Mittelstand eingesetzt haben. Die Senatoren werden von den Trägerverbänden des Senates in diesen entsandt und ggf. wieder abberufen. Der Senat trifft sich zu besonderen Anlässen und tauscht sich mit „Größen der Forschung und Wissenschaft, der Medien, der Politik und der Gesellschaft“ über die Herausforderungen der Zeit aus.<sup>[6]</sup> Es gibt Senatoren der Politik, Senatoren der Wirtschaft und Senatoren der Wissenschaft. Die Senatoren sind [hier](#) abrufbar.

## Weiterführende Informationen

---

- [Bundesverband Deutscher Mittelstand](#)
- [Union Mittelständischer Unternehmen](#)
- [Europäisches Wirtschaftsforum](#)
- [Stiftung](#)

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Impressum](#), yorck-otto-gruppe, abgerufen am 06.12.2022
2. ↑ [Profil](#), bayern.landtag.de, abgerufen am 07.12.2022
3. ↑ [Stiftung Wir Eigentümerunternehmer](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 13.12.2022
4. ↑ [Aufgaben](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 06.12.2022
5. ↑ [Der Bayerische Mittelstandspreis](#), der-bayerische-mittelstandspreis.de, abgerufen am 07.12.2022
6. ↑ [Senat](#), ewif.de, abgerufen am 05.12.2022

## Bund der Steuerzahler

Der 1949 gegründete **Bund der Steuerzahler Deutschland** e.V. (BdSt) ist ein Verein mit Sitz in Berlin, der als Vereinszweck Steuersenkungen, den Abbau von Bürokratie und Staatsverschuldung sowie eine sparsame Verwendung von Steuergeldern angibt. <sup>[1]</sup>

Der BdSt setzt sich für die Forderungen der Wirtschaft nach niedrigen Steuern, einem schlanken Staat ("Privat vor Staat"<sup>[2]</sup>) sowie einer Beibehaltung der Schuldenbremse ein und beteiligt sich an entsprechenden Kampagnen der Wirtschaftsverbände.

Darüber hinaus gibt es Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen der Wirtschaft. Unter der Überschrift „So setzen wir uns für Unternehmer ein“ wird auf der Webseite des BdSt erläutert: „Wir vertreten die Interessen von Unternehmen und Betrieben in der Politik - mit guter Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen“<sup>[3]</sup>

Zu den Aktivitäten gehören die Herausgabe der [Schuldenuhr Deutschlands](#), des jährlich erscheinenden [Schwarzbuchs](#) sowie die Benennung des jährlichen [Steuerzahlergedenktags](#).

Der Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Stefan Bach, hält den BdSt nicht für unabhängig:

*"Tatsächlich repräsentiert er [der Bund der Steuerzahler] vor allem mittelständische Unternehmer, Freiberufler und Besserverdiener, die ihn über Beiträge und Spenden finanzieren. Lobbying und Kommunikation sind vor allem auf einen schlanken Staat und niedrige Steuern ausgerichtet. So fordert der Bund der Steuerzahler gerne und laut Steuersenkungen bei Einkommensteuer und Unternehmensteuern oder die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, was vor allem Wohlhabende entlasten würde. Missstände im Steuerrecht und in der Finanzverwaltung, etwa Steuervergünstigungen oder die verbreitete Steuerhinterziehung bei Kapitaleinkünften, die in erster Linie wohlhabende Steuerzahler betreffen, werden dagegen nicht thematisiert. Auch die eigentlich richtige und wichtige Kritik der öffentlichen Verschwendung ist häufig an spektakulären Einzelfällen orientiert und wenig konstruktiv".<sup>[4]</sup>*

**Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.**



**Rec** eingetragener Verein  
**htsf**  
**orm**  
**Täti** Lobbytätigkeit für Steuersenkung, Abbau  
**gkei** von Bürokratie und Staatsverschuldung,  
**tsbe** einfachere Steuergesetze, sparsame  
**reic** Verwendung von Steuergeldern  
**h**  
**Grü** 1949  
**ndu**  
**ngs**  
**datu**  
**m**  
**Hau** Berlin  
**ptsit**  
**z**  
**Lob**  
**byb**  
**üro**  
**Lob**  
**byb**  
**üro**  
**EU**  
**Web** [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de)  
**adre**  
**sse**

## Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss .....	18
1.1	Öffentlichkeitsarbeit .....	18
1.2	Aktivitäten .....	18
1.3	Lobbytätigkeit hinter den Kulissen .....	19
2	Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen .....	20
2.1	Mittelstandsallianz .....	20
2.2	Europäischer Wirtschaftssenat .....	20
2.3	Wirtschaftsbeirat Bayern .....	20
2.4	Jaeger Euro Consult .....	21
2.5	Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen .....	21
3	Einbindung in Kampagnen von Lobbyorganisationen .....	21
3.1	Kampagne gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer .....	21
3.2	Kampagne für die Erhaltung der Schuldenbremse .....	21
3.3	Kampagne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags .....	21
3.4	Kampagne gegen das EU-Lieferkettengesetz .....	22
4	Verbindungen zu neoliberalen Netzwerken .....	22
4.1	Hayek-Institut .....	22
4.2	Austrian Economics Center/Free Market Road Show/European Resource Bank .....	22
5	Organisationsstruktur und Personal .....	22
5.1	Mitgliederversammlung .....	22
5.2	Bundesvorstand .....	23
5.3	Bundesverwaltungsrat .....	23
6	Lobbyrelevante Akteure aus den Landesverbänden und der Politik .....	23
6.1	Rolf von Hohenau .....	23
6.2	Rainer Brüderle .....	24
6.3	Ingo Friedrich .....	24
7	Tochtergesellschaften .....	24
7.1	Das Deutsche Steuerzahlerinstitut .....	24
7.2	Steuerzahler Service GmbH .....	25
8	Finanzen .....	25
9	Mitgliedschaften .....	25
9.1	Taxpayers Association of Europe .....	25
9.2	World Taxpayers Association .....	26
10	Zweifel an der Gemeinnützigkeit .....	26
11	Weiterführende Informationen .....	27
12	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	27
13	Einzelnachweise .....	27

## Lobbystrategien und Einfluss

---

### Öffentlichkeitsarbeit

---

Der Bund der Steuerzahler macht seinen Einfluss insbesondere durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit geltend. So stellt er sich selbst als 'Finanzgewissen der Nation' <sup>[5]</sup> und Repräsentant des einfachen Steuerzahlers dar. Die Kernforderungen des BdSt nach geringeren Steuern und Abgaben, Bürokratieabbau und Abbau der Staatsverschuldung sind auf einen 'schlanken Staat' gerichtet, den Wirtschaftsverbände und neoliberale Denkfabriken propagieren. Der BdSt nutzt den öffentlichen Anschein der Neutralität geschickt, um Partikularinteressen breite Wirkung zu verschaffen. Er wirbt auf seiner Website damit, dass er Einfluss auf die Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik nehme. <sup>[6]</sup>

Mit dem jährlich publizierten 'Schwarzbuch: Die öffentliche Verschwendung' <sup>[7]</sup>, in welchem vermeintliche Steuerverschwendung angeprangert wird, gelingt es ihm häufig, den öffentlichen Diskurs zu bestimmen und sich dabei als Kämpfer für die Rechte der Steuerzahler als solche darzustellen. In der Öffentlichkeit wird der BdSt zumeist als seriöser Akteur wahrgenommen, in den Medien seine Rolle selten hinterfragt. So entsteht häufig der Eindruck, es handele sich bei ihm um eine unabhängige Kontrollinstanz und nicht um einen privaten Verein. Mitunter wird der Bund der Steuerzahler mit dem Bundesrechnungshof verwechselt, jener Bundesbehörde, welche aufgrund Art. 114 GG für die unabhängige Finanzkontrolle eingerichtet wurde.

### Aktivitäten

---

Wichtige Aktivitäten sind die Erstellung des Schwarzbuchs, der Schuldenuhr Deutschland und die Ausrufung der Steuerzahlergedenktags.

Im **Schwarzbuch** prangert der Verband Fälle von Steuerverschwendung an und erzielt damit eine hohe Medienresonanz. Doch die Kritik an den vom Verband verwendeten Maßstäben wird lauter - bei der Auswertung würden die langfristigen politischen Ziele von Subventionen oft nicht berücksichtigt. <sup>[8]</sup> Beim "Schwarzbuch" wird die Berechnungsmethode auch vom Bundesrechnungshof kritisiert. Dessen Präsident stellte 2010 fest: "Die Milliardensummen, die angeblich verschleudert werden, sind hochgerechnete Zahlen und nur zu einem sehr geringen Teil belegt" . <sup>[9]</sup>

Laut SPIEGEL ist der aktuelle Stand der **Schuldenuhr Deutschland** reine Spekulation, da sie auf der Grundlage der Staatsverschuldung des vergangenen Jahres und der voraussichtlichen Kreditaufnahme für das laufende Jahr berechnet wird. <sup>[10]</sup> 2010 musste der BdSt die sekundengenaue Berechnung der Staatsverschuldung deshalb korrigieren: Statt der zu Jahresbeginn angenommenen 141,3 Milliarden Euro verschuldete sich der Bund in diesem Jahr um 30 Milliarden Euro weniger. <sup>[11]</sup> Auch stellt die Schuldenuhr nur die absolute Höhe der Schulden dar, wogegen Ökonomen überwiegend die Staatsschulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung als relevante Größe ansehen. 2017 wurde die Berechnungsmethode auch vom Bundesfinanzministerium kritisiert: Der Schuldenstand gehe seit 2012 nicht nur im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, sondern auch in absoluten Größen zurück. Dass die Schuldenuhr immer noch nicht rückwärts laufe, sei nicht nachvollziehbar. <sup>[12]</sup>

Der vom BdSt berechnete **Steuerzahlergedenktag** ist der Tag, ab dem die Steuerzahler "in die eigene Tasche arbeiten".<sup>[13]</sup> Davor müssten sie „für öffentliche Kassen arbeiten“. In die Berechnung einbezogen werden jedoch nicht nur Steuern sondern auch Sozialabgaben (Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungen sowie Beiträge, die Arbeitnehmer erwirtschaften und Arbeitgeber als zusätzliche Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen überweisen). Obwohl diese Beiträge formal von den Arbeitgebern an die Versicherungen überwiesen werden, hätten Arbeitnehmer sie erwirtschaftet. Anders formuliert: Ohne die Arbeitgeberbeiträge und die Umlagen fielen die Bruttolöhne höher aus.

In dem vorstehenden Zusammenhang wird nicht explizit erwähnt, dass die Sozialabgaben zur Finanzierung sozialer Leistungen verwendet werden und somit nicht die "öffentlichen Kassen" mehren.<sup>[14]</sup> Ohne diese Beiträge müssten sich Arbeitnehmer für den Bezug entsprechender Leistungen privat versichern, was sogar teurer werden und zu Wohlstandsverlusten führen könnte. Auf die Kritik räumte Holznagel zwar ein, dass die Menschen in Deutschland für ihre Zahlungen auch staatliche Leistungen erhalten<sup>[15]</sup>: „Mit Steuern, Abgaben und Zwangsbeiträgen werden wichtige Leistungen für die Bürger finanziert“. Die missverständliche Formulierung „für öffentliche Kassen arbeiten“ wird jedoch auf der Webseite des BdSt weiter verwendet (Stand: 19.11.2023). Laut Stefan Bach, Steuerexperte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sind die Berechnungen, die der Bund der Steuerzahler zu dem von ihm ausgerufenen „Steuerzahlergedenktag“ vornimmt, außerdem falsch; es handle sich um "vulgärökonomischen Populismus".<sup>[16]</sup> Statt der vom BdSt errechneten Einkommensbelastungsquote von 54,6 % ergäbe sich bei korrekter Berechnung eine Einkommensbelastungsquote von nur noch 37,1 %. Auch eine 2019 eingeführte neue Berechnungsmethode hält Bach nach wie vor für fragwürdig. So unterscheide der BdSt nicht zwischen Steuern und Sozialbeiträgen und unterschätze das gesamtwirtschaftliche Einkommen, auf das Steuern und Abgaben angerechnet werden.<sup>[17]</sup> Dadurch entstehe der Eindruck einer besonders hohen Steuerlast.

Cersten Gammelin bezeichnet den „Steuergedenktag“ mit der folgenden Begründung als gefährlichen Humbug<sup>[18]</sup>: "Natürlich kann der Bund der Steuerzahler ausrechnen, dass nach Abzug aller denkbaren Steuern und Sozialabgaben von jedem Euro noch 45,7 Cent im Portemonnaie des Bürgers verbleiben. Ja, und? Der Abzug von 54,3 Cent von jedem Euro für staatliche Aufgaben und die eigene Vorsorge bei Rente und Gesundheit ist noch lange kein Grund, aus dieser Rechnung eine Botschaft im Trumpschen Sinne zu destillieren; nach dem Motto: Der Staat ist böse, sehr böse, er nimmt dem fleißigen Steuerzahler das Geld weg. Das müssen wir ändern. Wer so handelt, muss sich die Frage gefallen lassen, welche Interessen er vertritt."

## Lobbytätigkeit hinter den Kulissen

---

Auf der Landesebene arbeitet der Bund der Steuerzahler meist harmonisch mit lokalen Politikern und anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammen, um seine Interessen durchzusetzen.<sup>[19][20]</sup> Er verwirklicht seine Lobbytätigkeit laut Satzung durch Gespräche mit Vertretern von Behörden und Verbänden, Parlamentariern, Politikern, Journalisten, Mitwirkung bei öffentlichen Anhörungen und Kommissionen<sup>[21]</sup>

## Kooperationen und personelle Verflechtungen mit Lobbyorganisationen

---

### Mittelstandsallianz

---

Der Bund der Steuerzahler und die vom [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#) (BVMW) gegründete Mittelstandsallianz haben 2017 beim Parlamentarischen Abend des Mittelstands eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.<sup>[22]</sup> Die Mittelstandsallianz beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt: „Gemeinsam mit mehr als 30 Partnerverbänden ist die Mittelstandsallianz die politische Interessenvertretung für den Mittelstand in Deutschland. Gemeinsam setzen wir uns für eine mittelstandsfreundliche Gesetzgebung im politischen Berlin ein – mit eigener Postadresse am Potsdamer Platz.“<sup>[23]</sup>

Die Lobbyarbeit im Rahmen der Mittelstandsallianz unter Beteiligung des Bundes der Steuerzahler veranschaulicht ein Bericht eines Repräsentanten des Bundesverbands der Bilanzbuchhalter und Controller e.V. aus dem Jahr 2019.<sup>[24]</sup>

### Europäischer Wirtschaftssenat

---

Der [Europäische Wirtschaftssenat](#) (EWS) ist eine intransparente Lobby-Organisation, die vom Bund der Steuerzahler in Bayern und der Taxpayers Association of Europe (TAE) kontrolliert wird. Präsident des EWS ist der CSU-Politiker Ingo Friedrich, Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik des [Wirtschaftsbeirats](#) Bayern. Vorsitzender des Aufsichtsrats des EWS ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des EWS-Aufsichtsrats ist Hans Podiuk, Stellv. Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des Kuratoriums des EWS ist Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler. Geschäftsführer ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, der den EWS aufgebaut hat.<sup>[25]</sup> Der EWS-Pressesprecher Rudolf G. Maier ist gleichzeitig Pressesprecher des Bundes der Steuerzahler in Bayern.

Im April 2024 präsentierten der EWS, der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE gemeinsam ein „Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz“ (CSDDD) anlässlich des digitalen EWS Live vom 2. April 2024<sup>[26]</sup> Darin wird festgestellt: „Die Bestätigung der CSDDD durch das europäische Parlament am 24. April 2024 muss verhindert werden.“

### Wirtschaftsbeirat Bayern

---

Der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) ist ein Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen. Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, ist Vorsitzender des Ausschusses für Steuer- und Finanzpolitik der Lobbyorganisation. Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Mitglied des Präsidiums und Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Europapolitik und des Ausschusses für Mittelstandspolitik des [Wirtschaftsbeirats](#)

## Jaeger Euro Consult

---

Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Inhaber der [Jaeger Euro Consult](#) mit den Tätigkeitsbereichen Netzwerk, Beratung und Lobbyarbeit. Zur Lobbyarbeit wird auf der Webseite des Unternehmens ausgeführt: „Passt Ihr Thema zu den ethischen Grundsätzen des „Ehrbaren Kaufmanns“ und wollen Sie effektiv und erfolgsorientiert Lobbyarbeit in Europa betreiben? Dann sind Sie bei der Firma Jaeger EuroConsult richtig, ob für die Umsetzung einer Initiative oder für den Zugang zu europäischen Entscheidungsträgern.“

## Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

---

Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, ist Mitglied des Vorstands der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

## Einbindung in Kampagnen von Lobbyorganisationen

---

### Kampagne gegen die Wiedereinführung der Vermögensteuer

---

Der Bund der Steuerzahler, [Die Familienunternehmer - ASU](#) und die Familienbetriebe Land und Forst e.v. haben die Verbände-Allianz [Vermögensteuer trifft alle](#) initiiert, die sich rund um die Bundestagswahl gegen Pläne aus der Politik zur Wiedereinführung der Vermögensteuer stark gemacht hat. Die gemeinsamen Online-Plattform wird von mehr als 20 weiteren Verbänden unterstützt.

### Kampagne für die Erhaltung der Schuldenbremse

---

Der Bund der Steuerzahler, [Die Familienunternehmer - ASU](#), die Familienbetriebe Land und Forst e.V. und der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. haben 2020 die Verbände-Allianz „Die Schuldenbremse muss stehen!“ gegründet, die von der Politik ein Bekenntnis zur Schuldenbremse fordert. <sup>[27]</sup>

### Kampagne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags

---

Die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) führt seit Jahren eine Kampagne für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags (Soli).<sup>[28]</sup> In diesem Zusammenhang hat die INSM beim zuständigen Finanzamt Einspruch gegen die Lohnsteueranmeldung 2020 eingelegt mit dem Ziel, letztlich indirekt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu erwirken. Parallel hierzu hat auch der Bund der Steuerzahler in einer Kampagne die Abschaffung des Solis gefordert.<sup>[29]</sup> Im Rahmen dieser Kampagne unterstützt der Bund der Steuerzahler eine Musterklage gegen den Soli vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit dem Slogan „Der Soli muss weg!“ hat der Bund der Steuerzahler am 9. November 2017 gemeinsam mit den folgenden Verbänden und Lobbyorganisationen vor dem Bundestag protestiert: [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#), [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#), Jungunternehmern und Familienbetriebe Land und Forst.<sup>[30]</sup>

## Kampagne gegen das EU-Lieferkettengesetz

---

Im April 2024 präsentierten der Europäische Wirtschaftssenat, der Bund der Steuerzahler in Bayern und die TAE gemeinsam ein „Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz“ (CSDDD) anlässlich des digitalen EWS Live vom 2. April 2024<sup>[31]</sup> Darin wird festgestellt: „Die Bestätigung der CSDDD durch das europäische Parlament am 24. April 2024 muss verhindert werden.“

## Verbindungen zu neoliberalen Netzwerken

---

### Hayek-Institut

---

Der Bund der Steuerzahler ist eine Partnerorganisation des österreichischen [Hayek Instituts](#)

### Austrian Economics Center/Free Market Road Show/European Resource Bank

---

Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler, ist Vorstandsmitglied des [Austrian Economics Center](#) (AEC), das die [Austrian Conferences](#), die [European Resource Bank](#) und die [Free Market Road Show](#) organisiert. Das AEC, der Bund der Steuerzahler und der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) organisieren gemeinsam Veranstaltungen.<sup>[32]</sup> Partner der Free Market Road Show ist die Taxpayers Association of Europe (TAE), deren Generalsekretär Michael Jäger ist. Weitere Partner sind u. a. das österreichische [Hayek Institut](#) und das [Ludwig von Mises Institute Europe](#)

## Organisationsstruktur und Personal

---

Die zentralen Organe des BdSt sind die Mitgliederversammlung, der Bundesvorstand und der Bundesverwaltungsrat. Die Zahl der Mitglieder beträgt rd. 200 Tsd.<sup>[33]</sup> Der Verein wirbt damit, dass seine Mitglieder im Durchschnitt über ein Haushaltsnettoeinkommen von knapp 4800 Euro verfügen, womit ein Haushalt zum bestverdienenden Fünftel in Deutschland gehört.<sup>[34]</sup> Der BdSt beschäftigt 14 Mitarbeiter in Vollzeit (Stand: 2021).

### Mitgliederversammlung

---

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der 15 [Landesverbände](#) zusammen, von denen der BdSt getragen wird. Mitglieder in den Landesverbänden können natürliche oder juristische Personen sowie sonstige Personenvereinigungen und Handelsvereinigungen werden (vgl. z. B. § 6 der Satzung des Landesverbands Baden-Württemberg). Laut deutschem Lobbyregister sind folgende Organisationen Mitglied in den Landesverbänden (Abruf: 16.12.2022): Hubert Burda Media Holding KG, Korian Deutschland AG, Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO), Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb (CDH), Landvolk Niedersachsens Landesbauernverband, bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, Verband der Deutschen Automatenindustrie, Brauereiverband NRW, Verband der Bau- und Rohstoffindustrie, Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern und Forum für Zukunftsenergien.

## Bundesvorstand

---

Die fünf [Vorstandsmitglieder](#) sind:

- Reiner Holznagel (Präsident), ehem. Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Kuratoriums des [Europäischen Wirtschaftssenat](#), Vizepräsident der Taxpayers Association of Europe (TAE), Mitglied des Vorstands der World Taxpayers Association (WTA), Mitglied des Vorstands der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Vizepräsidenten sind:

- Michael Jäger, ehem. CSU-Kommunalpolitiker, Inhaber der [Jaeger Euro Consult](#) mit den Tätigkeitsbereichen Netzwerk, Beratung und Lobbyarbeit, ist Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Generalsekretär der Taxpayers Association of Europe (TAE), Mitglied des Vorstands der [World Taxpayers Associations](#), Geschäftsführer des [Europäischen Wirtschaftssenat](#), Präsidiumsmitglied und Stellv. Vorsitzender der Ausschüsse für Europapolitik und Mittelstandspolitik des [Wirtschaftsbeirats Bayern](#), Mitglied des erweiterten Vorstands des [OstWestWirtschaftsForums Bayern](#)<sup>[35]</sup>, Vorstandsmitglied des [Austrian Economics Center](#) (AEC), Referent bei Veranstaltungen der [European Resource Bank](#).<sup>[36][37]</sup> Jäger beschreibt seine Tätigkeit auf der Webseite seiner [Jaeger EuroConsult](#) wie folgt: „Nach über 30 Jahren als Lobbyist und unzähligen persönlichen europäischen Kontakten und Verbindungen ist ein breit gefächertes europäisches Netzwerk entstanden, das Kunden von Jaeger EuroConsult verfügbar gemacht werden kann.“
- Rik Steinheuer, Vorstandsvorsitzender des Landes NRW
- Eike Möller, Stellv. Landesvorsitzender Baden-Württemberg
- Ralf Thesing, Stellv. Landesvorsitzender Niedersachsen und Bremen

## Bundesverwaltungsrat

---

Der Verwaltungsrat ist das zentrale Kontrollorgan des Vereins, das aus je einem Mitglied aus den Verwaltungsräten der Landesverbände gebildet wird. Vorsitzender ist der Osnabrücker Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Helge Benecke

## Lobbyrelevante Akteure aus den Landesverbänden und der Politik

---

### Rolf von Hohenau

---

Rolf von Hohenau, ehem. CSU-Kommunalpolitiker, ist Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [World Taxpayers Associations](#) (WTA), Ehrenpräsident der Taxpayers Association Europe (TAE), Vorsitzender des Fachausschusses für Steuer- und Finanzpolitik des [Wirtschaftsbeirats Bayern](#) sowie Vorsitzender des Aufsichtsrats des [Europäischen Wirtschaftssenat](#) (EWS).

2021 rief von Hohenau als Präsident der Taxpayers Association Europe (TAE), zum zivilen Ungehorsam gegen die von der EU-Kommission erwogene Einführung eines [EU-Vermögensregisters](#), auf, das ein Vorgehen gegen Geldwäsche und Korruption erleichtern soll.<sup>[38]</sup>

## Rainer Brüderle

---

Rainer Brüderle, Präsident des Bundes der Steuerzahler Rheinland-Pfalz, ist ein ehem. FDP-Politiker (bis 2013 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Wirtschaft und Technologie). Er betreibt die [RainerBrüderleConsult](#) - Ihr Partner für Unternehmens- und Strategieberatung und ist Präsident des [Arbeitgeberverbands für die private Sozialwirtschaft](#)

## Ingo Friedrich

---

Der CSU-Politiker und Lobbyist Ingo Friedrich fördert seit Jahren mittelständische Interessenvertretungen auf europäischer Ebene: So gründete er einen parteiübergreifenden Arbeitskreis Mittelstand im europäischen Parlament, aus dem 1991 unter seinem Gründungsvorsitz die „Europäische Mittelstandsvereinigung“ (EMI EWIV) hervorging. Von 1984 bis 1990 war er Präsident der „Europäischen Mittelstands-Union“ (EMSU), von 1990 bis 1999 Präsident des „Europäischen Mittelstandsforums“ und 1991 gründete er den parteiübergreifenden „Diskussionskreis Mittelstand im Europäischen Parlament“.<sup>[39]</sup> Friedrich leitet gemeinsam mit führenden Repräsentanten des Bundes der Steuerzahler in Bayern sowie der Taxpayers Association Europe (TAE) die Lobbyorganisation [Europäischer Wirtschaftssenat](#), die mit dem Bund der Steuerzahler kooperiert. Im [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einem Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen, ist Friedrich Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik. Stellv. Vorsitzender dieses Fachausschusses und Mitglied des Präsidiums ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler. Vorsitzender des Fachausschusses für Steuer- und Finanzpolitik ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Friedrich tritt auch bei Veranstaltungen des Bundes der Steuerzahler<sup>[40]</sup> und der [Free Market Roadshow](#) auf, deren Partner der Europäische Wirtschaftssenat und die Taxpayers Association of Europe (TAE) waren. Friedrichs ist:

- Präsident des [Europäischen Wirtschaftssenats](#)
- Vorsitzender des Fachausschusses Europapolitik des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)
- Ehrenpräsident der [Europäischen Bewegung Bayern](#)
- Ehrenpräsident der Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) "Small and Medium Entrepreneurs of Europe" (SME Europe)<sup>[41]</sup>
- Senator von [Wir Eigentümerunternehmer](#)<sup>[42]</sup>, zu dem sich die Union Mittelständischer Unternehmen (UMU) und zwei weitere Mittelstandsverbände zusammengeschlossen haben, sowie Exekutivpräsident der UMU<sup>[43]</sup>
- Mitglied des Vorstands der [Münchner Europa Konferenz](#)

## Tochtergesellschaften

---

### Das Deutsche Steuerzahlerinstitut

---

Seit 1965 verfügt der BdSt über eine eigene finanzwissenschaftliche Forschungseinrichtung. Das Institut, welches vormals nach dem Gründer Karl Bräuer benannt war, wurde erst 2013 aufgrund dessen NSDAP-Vergangenheit<sup>[44]</sup> in das Neutralität und Unabhängigkeit suggerierende 'Deutsche Steuerzahlerinstitut'

umbenannt. Das Institut soll die neoliberale Ausrichtung des BdSt wissenschaftlich unterfüttern. Dazu werden Studien angefertigt und Stellungnahmen publiziert, welche insbesondere darauf gerichtet sind, in der Tagespresse wahrgenommen zu werden.<sup>[45]</sup> Finanziert wird das Institut im Wesentlichen aus Beiträgen der Landesverbände des Bundes der Steuerzahler sowie durch Spenden von Einzelpersonen.<sup>[46]</sup> Die geringe Zahl der Mitarbeiter<sup>[47]</sup> sowie die Zahl und Tiefe der Publikationen<sup>[48]</sup> deuten darauf hin, dass das DSI ein wissenschaftliches Leichtgewicht ist.

## Steuerzahler Service GmbH

---

Der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. betreibt die Steuerzahler Service GmbH, welche in einem Online-Shop Bücher, Software und Seminare mit Titeln wie ‚Unternehmertage‘ oder ‚Als Vermieter immer auf der richtigen Seite‘ vertreibt.<sup>[49]</sup> Ein weiteres Aufgabenfeld liegt in der Koordination von Servicevorteilen für die Geschäftskunden (Unternehmer, Selbständige, Ärzte oder Freiberufler)<sup>[50]</sup>

## Finanzen

---

Der BdSt finanziert sich ganz überwiegend aus den Mitgliedsbeiträgen der BdSt-Landesverbände (2022: rd. 1.653.000 Euro). Außerdem erzielt der BdSt Einnahmen als Gesellschafter der BdSt Steuerzahler Service GmbH (2022: 0 Euro) sowie Mieterlöse, Spenden und sonstige Erlöse (2022: rd. 76.000 Euro) sowie Zinseinnahmen (2022: rd. 5.500 Euro). Spender werden nicht namentlich genannt. Es gibt keine Großspender, die zu mehr als 10 % vom Budget beitragen.

Quelle:<sup>[51]</sup>

## Mitgliedschaften

---

### Taxpayers Association of Europe

---

Die [Taxpayers Association of Europe](#) (TAE) ist die Dachorganisation der europäischen Steuerzahler-Verbände mit Sitz in Brüssel, die laut [EU-Transparenzregister](#) Einfluss auf die Gesetzgebung ausübt, um die Steuerlast zu begrenzen. Ihr gehören 29 nationale Steuerzahlerorganisationen mit insgesamt über einer Million Mitgliedern an. Präsident ist Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Vizepräsident ist Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler. Generalsekretär ist Michael Jäger, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler und Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern. [Grupp & Partner](#), eine international tätige Anwaltskanzlei mit Sitz in Brüssel, ist gleichzeitig Sitz des Büros der TAE.<sup>[52]</sup> Die Kanzlei verweist auf ihrer Webseite darauf, dass sie seit zwei Jahrzehnten als erfahrene Lobbyisten gefragt seien. Walter Grupp, Gründer und Partner der Kanzlei, der am 08.09.2021 verstarb, war Büroleiter in Brüssel für die TAE und den Bund der Steuerzahler in Bayern.<sup>[53]</sup> Grupp war weiterhin Gründer und Inhaber der Firma [Intergest Belgium SPRL](#) (Beratung und Dienstleistungen für deutsche Unternehmen in Belgien), die rund 25 Niederlassungen deutscher Unternehmen in Belgien verwaltet.<sup>[54]</sup>

Laut [EU-Transparenzregister](#) beschäftigt das Büro Brüssel vier Lobbyisten (Vollzeit-Äquivalent; 2,8). Zu den Aktivitäten gehört die Durchführung von Informationsveranstaltung und Events und/oder Unterstützung von Veranstaltung durch Referentstellung so z. B. mit der [European Resource Bank](#), [Heritage Foundation](#), [World Taxpayers Association](#), [Friedrich von Hayek Stiftung](#), [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), [SME Union](#), [Europäischer Wirtschaftssenat](#), [Europäische Bewegung](#), [Hanns Seidl Stiftung](#), [Stockholm Network](#), [Vereinigung zum Schutz der Interessen der Steuerzahler in Osteuropa und Zentralasien](#).

Präsident Rolf von Hohenau rief zum zivilen Ungehorsam gegen die von der EU-Kommission erwogene Einführung eines [EU-Vermögensregisters](#) auf, das ein Vorgehen gegen Geldwäsche und Korruption erleichtern soll.<sup>[55]</sup> 2024 postete die TAE: „Stoppt die Enteignung! EU-Vermögensregister hätte totalitäre Züge!<sup>[56]</sup>

## World Taxpayers Association

---

Die [World Taxpayers Associations](#) (WTA) ist der Welt-Dachverband der nationalen Steuerzahlerorganisationen. Die WTA veranstaltet gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen die World Taxpayers Conferences und die Taxpayers Regionalforen. Zu den [Like-Minded Organizations](#) gehören u.a.: [Atlas Economic Research Foundation](#), [Cato Institute](#), [Heartland Institute](#), [Heritage foundation](#), [Mises Institute USA](#).

Die WTA setzt sich für Flat Taxes und Steuerwettbewerb ein. In ihrem [Mission Statement](#) wird die freie Wahl des Landes, in dem Steuern gezahlt werden, sogar zum Menschenrecht erklärt: „We, representatives of taxpayers from around the world, declare that the right to flee political and economic oppression is basic to human liberty and dignity. It is a fundamental human right for individuals to move themselves and their property to nations of other political jurisdictions with levels of taxation and public services compatible with their individual tastes and preferences.“ Der Steuerwettbewerb dient den Interessen von Großunternehmen und Spitzenverdienern, die die Möglichkeit haben, ihren Firmensitz bzw. Wohnort in Länder mit niedrigen Steuern zu verlagern.

Dem Vorstand gehören an:

- [Christopher Butler](#), Geschäftsführer von [Americans for Tax Reform](#) und [Leiter der Property Rights Alliance](#). Butler betätigt sich nicht nur als Lobbyist in Steuerfragen, sondern auch auf dem Gebiet „Energy & Nuclear Power.“<sup>[57]</sup> Er war Referent beim exklusiven [Gas Forum 2021](#) im Schlosshotel Kronberg
- Rolf von Hohenau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern
- Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler

Auf der [World Taxpayers Conference vom 17.-20. März 2016](#), zu der der Bund der Steuerzahler eingeladen hatte, vertrat der Klimaleugner [James Delingpole](#), Autor von [Breitbart News](#), die folgende These: „Die moderne grüne Politik- und Umweltbewegung ist die größte weltweite Verschwörung in der Geschichte der Menschheit gegen Steuerzahler...1,5 Billionen US-Dollar hat die ‚Global-Warming-Industrie‘ bislang verschlungen“.

## Zweifel an der Gemeinnützigkeit

---

Nach Auffassung von Campact müsste der BdSt seine Gemeinnützigkeit verlieren, wenn das zuständige Finanzamt in Berlin an dessen Arbeit die gleichen Maßstäbe ansetzen würde, wie an Attac oder Campact.<sup>[58]</sup> Zu diesem Schluss komme ein Rechtsgutachten, das Campact bei der Kanzlei Winheller, einer der renommiertesten Kanzleien zum Gemeinnützigkeitsrecht in Deutschland, in Auftrag gegeben hat. Im Untersuchungszeitraum rund um die Bundestagswahl 2021 habe der BdSt vielfach die Regeln des Bundesfinanzhofs gebrochen, indem er nicht objektiv und neutral, nicht geistig offen und nicht parteipolitisch neutral in seinem politischen Engagement gewesen sei – und versucht habe, seine eigenen Auffassungen politisch durchzusetzen. Deshalb habe die Kanzlei das Gutachten dem zuständigen Berliner Finanzamt für Körperschaften sowie der Senatsverwaltung für Finanzen zugestellt und diese aufgefordert, für eine einheitliche Rechtsanwendung Sorge zu tragen. Campact hat das Gutachten auch an die Finanzämter weitergeleitet, die für die BdSt-Landesverbände Thüringen, Hessen, Schleswig-Holstein,

Niedersachsen/Bremen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zuständig sind. Nach Auffassung von Campact haben diese den gleichen Satzungszweck wie der Bundesverband und überschreiten mit ihrer politischen Einmischung ebenfalls die Grenzen des Gemeinnützigkeitsrechts. Der BdSt erklärte hierzu, die Kanzlei habe kein Gutachten vorgelegt, sondern eine „Rechtliche Stellungnahme“ aufgrund „vorgefilterter Rechercheergebnisse“.<sup>[59]</sup> Es bestünden keine Zweifel an der Gemeinnützigkeit.

Campact teilt die Kernforderungen der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts.<sup>[60]</sup>

## Weiterführende Informationen

---

- [Lobbyismus für Besserverdienende: Die Show vom Bund der Steuerzahler - 09.11.2023](#)
- [Für wen lobbyiert der Bund der Steuerzahler wirklich? YouTube](#)
- [Wen vertritt der Bund der Steuerzahler?, Süddeutsche Zeitung, 24. Mai 2021](#)
- [Die Tea Party lässt grüßen, ZEIT ONLINE, 19. Juli 2017](#)
- [Steuermythen](#)
- [Steuerprivilegien kippen](#)

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Satzung des "Bund der Steuerzahler" vom 5. Dezember 2017](#), abgerufen am 31.01.2022
2. ↑ [Privat vor Staat](#), steuerzahler.de, abgerufen am 26.11.2021
3. ↑ [Für Unternehmer Hilfe, Tipps und wichtige Informationen](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
4. ↑ [Stefan Bach: Unsere Steuern Wer zahlt? Wie viel? Wofür?](#), Frankfurt/Main 2016, S. 148
5. ↑ [BdSt Saarland e.V. Presseportrait](#), abgerufen am 10.04.2015
6. ↑ [Mitgliederwerbung BdSt](#), Website des BdSt Deutschland e.V., abgerufen am 09.04.2015.
7. ↑ [„Schwarzbuch: Die öffentliche Verschwendung“](#)
8. ↑ [Warum der Bund der Steuerzahler \(oft\) keine Ahnung hat](#), Wirtschaftswoche, 21. März 2016, zuletzt aufgerufen am 23.3.2016
9. ↑ [Bund der Steuerzahler in der Kritik](#), spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
10. ↑ [Bund der Steuerzahler in der Kritik](#), spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
11. ↑ [Bund der Steuerzahler in der Kritik](#), spiegel.de vom 28.10.2010, abgerufen am 01.12.2021
12. ↑ [Merkwürdige Zeitansage](#), taz.de vom 17.03.2017, abgerufen am 01.12.2021
13. ↑ [Steuerzahlergedenktag 2023](#), steuerzahler.de, abgerufen am 18.11.2023
14. ↑ [Lobbyismus für Besserverdienende: Die Show vom Bund der Steuerzahler - 09.11.2023](#), ardmediathek.de, abgerufen am 18.11.2023

15. ↑ [Steuerzahlergedenktag: Ab heute geht das Geld in die eigene Tasche](#), merkur.de vom 12.07.2021, abgerufen am 18.11.2023
16. ↑ [Die Tea Party lässt grüßen](#), zeit.de. vom 19.07.2017, abgerufen am 06.01.2018
17. ↑ [Wer vertritt den Bund der Steuerzahler?](#), sueddeutsche.de vom 24.05.2021, abgerufen am 08.12.2021
18. ↑ [Der Steuerzahlergedenktag ist dumm und gefährlich](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2018, abgerufen am 18.11..2023
19. ↑ [Rudolf Speth. Arbeitspapier 161. Steuern, Schulden und Skandale. Für wen spricht der Bund der Steuerzahler? \(PDF\)](#), abgerufen am 09.04.2015
20. ↑ [BdSt Baden-Württemberg, Politische Kontakte](#), abgerufen am 17.04.2015
21. ↑ [Satzung BdSt Ba-Wü, §2](#), abgerufen am 17.04.2015
22. ↑ [Mittelstandsallianz und BdSt werden Kooperationspartner](#), bvmw.de vom 19.05.2017, abgerufen am 25.11.2021
23. ↑ [Mittelstandsallianz](#), bvmw.de, abgerufen am 30.06.2024
24. ↑ [13.03.2019: Berufsrecht: Update](#), bvbc.de vom 13.03.2019, abgerufen am 25.11.2021
25. ↑ [Wir über uns](#), eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 01.12.2021
26. ↑ [Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz](#), eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 27.06.2024
27. ↑ [Die Schuldenbremse muss stehen!](#), familienunternehmer.eu vom 03.03.2020, abgerufen am 25.11.2021
28. ↑ [Soli abschaffen: Updates zur Kampagne](#), insm.de, abgerufen am 25.11.2021
29. ↑ [Soli abschaffen! JETZT!](#), steuerzahler.de, abgerufen am 25.11.2021
30. ↑ [„Wort halten! Soli abschaffen!“](#), steuerzahler.de vom 09.11.2017, abgerufen am 25.11.2021
31. ↑ [Positionspapier zum EU-Lieferkettengesetz](#), eu-wirtschaftssenat.eu, abgerufen am 27.06.2024
32. ↑ [Europapolitik Veranstaltung vom 27.05.20210](#), wbu.de, abgerufen am 02.12.2021
33. ↑ [Porträt](#), steuerzahler.de, abgerufen am 26.11.2021
34. ↑ [Wen vertritt der Bund der Steuerzahler?](#), sueddeutsche.de vom 24.05.2021, abgerufen am 30.11.2021
35. ↑ [Michael Jäger](#), owwf.bayern, abgerufen am 28.11.2021
36. ↑ [Vita](#), jaeger-euroconsult.de, abgerufen am 26.11.2021
37. ↑ [Program 2021](#), europeanresourcebank.org, abgerufen am 04.12.2021
38. ↑ [Taxpayers Association of Europe \(TAE\) is appalled by the plans for the EU Asset Register](#), taxpayers-europe vom 26.08.2021, abgerufen am 29.11.2021
39. ↑ [Ingo Friedrich](#), theeuropean.de vom 20.12.2017, abgerufen am 05.12.2021
40. ↑ [Vortragsveranstaltung](#), steuerzahler.de, abgerufen am 05.12.2021
41. ↑ [Board](#), smeeurope.eu, abgerufen am 03.12.2021
42. ↑ [Senatoren der Politik](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 05.12.2021
43. ↑ [Präsidium](#), umu.de, abgerufen am 05.12.2021
44. ↑ [Karl Bräuer NSDAP](#), FAZ vom 21.06.2014, abgerufen am 09.04.2015
45. ↑ [DSi Intern 2-2014, Das DSI in den Medien \(S.4\)](#), abgerufen am 10.04.2015
46. ↑ [Über uns](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
47. ↑ [Team](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021
48. ↑ [DSi kompakt](#), steuerzahler.de, abgerufen am 30.11.2021, Vgl. insb. Verhältnis kurze Publikation 'kompakt' zu umfangreicheren 'Schriften'
49. ↑ [Steuerzahler Service GmbH, Seminare](#), abgerufen am 10.04.2015
50. ↑ [BdSt-Vorteile](#), abgerufen am 09.04.2015
51. ↑ [Transparenz beim BdSt](#), steuerzahler.de, abgerufen am 19.11.2023
52. ↑ [Klartext März 2019](#), steuerzahler.de, abgerufen am 01.12.2021

53. ↑ TAE Familie trauert um Walter Grupp, taxpayers-europe.org, abgerufen am 01.12.2021
54. ↑ Walter Grupp, grupp-partner.com, abgerufen am 02.12.2021
55. ↑ Taxpayers Association of Europe (TAE) is appalled by the plans for the EU Asset Register, taxpayers-europe vom 26.08.2021, abgerufen am 29.11.2021
56. ↑ Beitrag von EWS Europäischer Wirtschaftssenat, linkedin.com, abgerufen am 28.07.2024
57. ↑ Issues Lobbied by Christopher Butler, opensecrets.org, abgerufen am 26.11.2021
58. ↑ Bund der Steuerzahler zu Unrecht gemeinnützig, blog.campact.de vom 04.09.2023
59. ↑ Keine Zweifel an der Feststellung der Gemeinnützigkeit, steuerzahler.de vom 05.09.2023
60. ↑ Zivilgesellschaft ist gemeinnützig, campact.de, abgerufen am 12.12.2023

## Anmeldung erforderlich

### Diese Seite existiert noch nicht.

Sie müssen sich [anmelden](#), um Seiten erstellen und bearbeiten zu können.

Zurück zur Seite [Spezial:Universal Export/Europäischer Wirtschaftssenat](#).

## European Resource Bank

Unter der Bezeichnung **European Resource Bank** koordinieren US-amerikanische und europäische Organisationen, die eine freie Marktwirtschaft propagieren, ihre Aktivitäten. Angestrebt werden niedrige Steuern für Unternehmen und Spitzenverdiener sowie ein Abbau des Sozialstaats und der Umweltstandards.

### European Resource Bank

[[Bild:<date>|center]]

<b>Hauptsitz</b>	<text>
<b>Gründung</b>	2003
<b>Tätigkeitsbereich</b>	Koordinierung der Aktivitäten neoliberaler Organisationen
<b>Mitarbeiter</b>	<text>
<b>Etat</b>	<text>
<b>Webadresse</b>	<a href="http://resourcebank.eu">resourcebank.eu</a>

### Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte .....	30
2 Kooperationen .....	31
2.1 Bund der Steuerzahler .....	31
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	31
4 Einzelnachweise .....	31

## Kurzdarstellung und Geschichte

---

**European Resource Bank** ist der größte Jahreskongress von "free market think-tanks" in Europa. Die Teilnehmer kommen aus Europa und den USA. Vorbild ist das Resource Bank-Treffen, das von der [Heritage Foundation](#) in den USA organisiert wird und das Liberty Forum, das von der [Atlas Economic Research Foundation](#) organisiert wird. Initiatoren waren Pierre Gallo, Barbara Kolm (Präsidentin des [Austrian Economics Center](#) (AEC) und des österreichischen Hayek Instituts), Wolfgang Müller (Generalsekretär des Klimaleugner-Instituts [EIKE](#) und Vorstandsmitglied des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)) und Hardy Bouillon (Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) und Beiratsmitglied des [Ludwig von Mises Institute Europe](#))<sup>[1]</sup> Gastgeber der Jahreskongresse ist jeweils eine europäische Organisation, die in Abstimmung mit den oben genannten „historischen“ Mitgliedern das Programm gestaltet. Die Treffen dienen dem Ideenaustausch der wirtschaftsliberalen und libertären Teilnehmer und der Entwicklung gemeinsamer Strategien. Darüber hinaus werden die beteiligten Personen und Organisationen untereinander vernetzt.

Das erste Treffen von 13 europäischen und US-amerikanischen Organisationen, die sich für die unternehmerische Freiheit einsetzen, fand 2003 statt. An dem Treffen nahmen die folgenden Organisationen teil:

- [Institute for Economic Studies Europe \(IES\)](#), Paris
- [Hayek Institut](#), Wien
- [Lithuanian Free Market Institute](#), Vilnius
- [International Policy Network](#), London
- [Institute for Market Economics](#), Sofia
- [New Economic School of Georgia](#)
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Berlin
- [Atlas Economic Research Foundation](#), Washington
- [Cato Institute](#), Washington
- [Heritage Foundation](#), Washington)
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Berlin
- [Liberales Institut Zürich](#)

Quelle: <sup>[2]</sup>

Der [Jahreskongress 2023](#) in Porto wurde von den folgenden Organisationen veranstaltet:

- [Institute for Economic Studies Europe \(IES\)](#), Paris
- [Hayek Institut](#), Wien
- [Austrian Economics Center](#), Wien
- [Europäischer Wirtschaftssenat](#), Brüssel, der Mitglied bei [SME Connect](#) ist
- [SME Connect](#), Brüssel
- [European Taxpayers Association \(TAE\)](#), Brüssel, deren Mitglied der [Bund der Steuerzahler](#) ist
- [World Taxpayers Association \(WTA\)](#), deren Mitglieder der [Bund der Steuerzahler](#), das [Austrian Economics Center](#) und [Americans for Tax Reforms](#) sind
- [Americans for Tax Reforms](#)
- [Kriebler Foundation](#), Denver
- [Geopolitical Intelligence Services AG \(GIS\)](#), Liechtenstein
- [Liberdade](#)

## Kooperationen

---

### Bund der Steuerzahler

---

Die European Resource Bank veranstaltete gemeinsam mit der [World Taxpayers Association](#) (WTA) und deren Mitglied [Bund der Steuerzahler](#) vom 17. - 20. März 2016 in Berlin eine internationale Konferenz unter dem Motto „Niedrige Steuern und Good Governance Notwendigkeiten in einer unsicheren Welt?!“.<sup>[3][4]</sup> Kooperationspartner waren der [Europäische Wirtschaftssenat](#), die [SME Europe](#) (Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei) und [SME Global](#) (Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Internationalen Demokratischen Union).

Im Programm wurde auf die „Individuelle Parallel-Tagung European Resource Bank nur auf Einladung“ am 19. März 2016 verwiesen, auf der Vertreter der World Taxpayers Association (WTA) als Redner auftraten.

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

## Einzelnachweise

---

- ↑ [Austrian Economics Center European Resource Bank](#), austriancenter.com, abgerufen am 04.12.2021
- ↑ [What is the European Resource Bank?](#), resourcebank.eu, abgerufen am 10.06.2016
- ↑ [World Taxpayers Conference](#), taxpayers.events, abgerufen am 11.06.2016
- ↑ [European Resource Bank Meeting](#), resourcebank.eu, abgerufen am 11.06.2016

## EIKE

---

Weiterleitung nach:

- [Europäisches Institut für Klima und Energie](#)

## Monika Hohlmeier

---

Monika Hohlmeier (\*2. Juli 1962 in München), [CSU](#), Tochter des verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten [Franz Josef Strauß](#), ist seit 2009 Mitglied des EU-Parlaments und Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe. Sie ist Vorstandsmitglied des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) sowie Mitglied und ehem. Vorsitzende der [Intergroup Sky and Space](#), die EU-Abgeordnete mit Vertretern der Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie zusammenbringt. Das Büro dieser intransparenten Gruppierung ist bei der Lobbyorganisation [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD) angesiedelt.

Hohlmeier sitzt weiterhin seit Jahren im Aufsichtsrat der Baywa AG (ein weiteres Aufsichtsratsmitglied ist Joachim Rukwied, Präsident des [Deutscher Bauernverband](#)), die Mitglied im Bayerischen Bauernverband ist. <sup>[1]</sup> Außerdem ist sie Mitglied des Kredit- und Investitionsausschuss sowie des Vermittlungsausschusses von Baywa. Den Aufsichtsratsmitgliedern wird eine feste jährliche Grundvergütung in Höhe von 70.000 Euro gewährt; für die Ausschusstätigkeit wird den Ausschussmitgliedern eine Vergütung von jeweils 5.000 Euro bezahlt. <sup>[2]</sup>

Zum Sortiment der Baywa gehören auch Pflanzenschutzmittel. In einer Videokonferenz mit oberfränkischen Kreisbäuerinnen und Kreisobmänner sprach sie sich 2022 gegen die Vorschläge der EU-Kommission aus, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. <sup>[3]</sup> Bereits 2019 hatte sie ein Treffen von Vertretern des Bayerischen Bauernverbands und des Landesbauernverbands mit Spitzenbeamten aus der Generaldirektion Umwelt, die für die Novellierung der Düngeverordnung zuständig waren, vermittelt. <sup>[4]</sup> Bei Veranstaltungen des Bayerischen Bauernverbands tritt sie auch als Rednerin auf. <sup>[5]</sup>

Wolfgang Schwarz, Leiter des Geschäftsbereichs Fuels bei der Baywa, ist Vorstandsmitglied des Bundesverbands [UNITI](#), der für eine Aufhebung des Verbrennerverbots und eine Abschaffung des Heizungsgesetzes lobbyiiert . <sup>[6][7]</sup>

### Inhaltsverzeichnis

1 Karriere .....	32
2 Europäisches Parlament .....	33
2.1 2024/25 Haltlose Anschuldigungen gegen NGOs durch MdEP Hohlmeier .....	33
3 Verbindungen / Netzwerke .....	33
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	33
5 Einzelnachweise .....	33

## Karriere

- Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe
- Fachausschuss Europa des Arbeitskreises Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik (ASP) der CSU, Vorsitzende
- Europäische Bewegung Bayern, Präsidentin
- Parteivorstand der CSU, kooptiertes Mitglied
- seit 07/2009 Mitglied des EU-Parlaments
- 2006-2008 Mitglied des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
- 2003-2004 Bezirksvorsitzende der CSU München
- 1998-2005 Staatsministerin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- 1993-1998 Staatssekretärin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus
- 1990-2008 Mitglied des Bayerischen Landtags
- 1981-1983 Ausbildung zur Hotelkauffrau im Eden-Hotel-Wolff

Quelle: <sup>[8]</sup>

## Europäisches Parlament

---

- Haushaltsausschuss (BUDG), stellvert. Vorsitzende
- Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Stellvertreterin
- Haushaltskontrollausschuss (CONT), Mitglied
- Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China (D-CN),
- Delegation für die Beziehungen zu Kanada (D-CA)

## 2024/25 Haltlose Anschuldigungen gegen NGOs durch MdEP Hohlmeier

---

2024/25 attackierten Vertreter:innen der Europäischen Volkspartei (EVP), allen voran der CDU/CSU unter Führung von Monika Hohlmeier <sup>[9]</sup>, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Brüssel mit unbelegten Anschuldigungen. Es geht um die Frage, ob sie sich bei ihrer Lobbyarbeit von der EU-Kommission instrumentalisieren ließen. Diese Anschuldigungen haben sich als haltlos erwiesen. Ausführlich dazu die Pressemitteilung von LobbyControl. <sup>[10]</sup>

In der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl werden auch die Aktivitäten von Hohlmeier erläutert.

## Verbindungen / Netzwerke

---

- Baywa AG, Mitglied des Aufsichtsrat (ein weiteres Aufsichtsratsmitglied ist Joachim Rukwied, Präsident des [Deutscher Bauernverband](#))
- [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Vorstands und Co-Vorsitzende des Fachausschusses Europapolitik
- Intergroup [Sky and Space](#), Mitglied, früher: Vorsitzende ("Chair")
- bis 09/2015 [German European Security Association](#) (GESA), Mitglied des Kuratoriums

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Aufsichtsrat](#), baywa.com, abgerufen am 02.10.2025
2. ↑ [EQS-News: BayWa Aktiengesellschaft/ Bekanntmachung der Einberufung zur Hauptversammlung BayWa Aktiengesellschaft: Bekanntmachung der Einberufung zur Hauptversammlung am 11.06.2024](#), finanznachrichten.de vom 02.05.2024
3. ↑ [EU-Kommissionsvorschlag beim Pflanzenschutz in der Diskussion](#), bayerischerbauernverband.de vom 21.10.2022, abgerufen am 09.04.2024
4. ↑ [Bauernverband in Brüssel](#), lbv-bw.de, abgerufen am 9.04.2024
5. ↑ [Öffentliche Kreisversammlung Gastrednerin MdEP Monika Hohlmeier](#), bayerischerbauernverband.de vom 12.03.2023, abgerufen am 09.02.2024
6. ↑ [Vorstand](#), uniti.de, abgerufen am 04.03.2026
7. ↑ [Pressemitteilungen](#), uniti.de, abgerufen am 04.03.2026

8. ↑ [Erklärung über die privaten Interessen](#),europarl.europa.eu vom 20.12.2023, abgerufen am 06.02.2024
9. ↑ [eu-lawmakers-escalate-ngo-funding-fight](#)politico.eu vom 02.02.2025, abgerufen am 12.02.2025
10. ↑ [hohlmeier muss sich entschuldigen](#)www.lobbycontrol.de, Pressemitteilung vom 06.02.2025, abgerufen am 12.02.2025

## Roland Koch

### Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

**Roland Koch** (\* 24. März 1958 in Frankfurt am Main), CDU, ehemaliger hessischer Ministerpräsident, ist Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#). Koch, der sich auch als [Anwalt](#) betätigt, ist im [deutschen Lobbyregister](#) als Interessenvertreter und Aufsichtsratsmitglied von Vodafone und der Dussmann Stiftung & Co. KG eingetragen. Weiterhin ist er Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR). Von 2011 bis 2014 war er Vorstandsvorsitzender des Bau- und Dienstleistungskonzerns [Bilfinger](#) (ehemals Bilfinger Berger).

Koch machte bundesweit auf sich aufmerksam, als er in der Spendenaffäre der hessischen CDU im Jahr 2000 „brutalstmögliche Aufklärung“ forderte und seinen Vorgänger [Manfred Kanther](#) zum Rücktritt trieb.

#### Inhaltsverzeichnis

1 Karriere .....	34
2 Mandate in Unternehmen und Stiftungen .....	35
3 Verbindungen / Netzwerke .....	35
3.1 Ludwig-Erhard-Stiftung .....	35
3.2 Wirtschaftsrat der CDU .....	35
4 Fälle .....	35
4.1 2011: Kochs Wechsel in die Wirtschaft .....	35
4.2 Koch und das ZDF - Politische Einflussnahme auf kritischen TV-Journalismus? .....	36
4.3 Koch und der Frankfurter Flughafen .....	36
4.4 Spendenaffäre .....	37
5 Zitate .....	37
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	37
7 Einzelnachweise .....	38

## Karriere

- seit 11/2020 Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

- seit 2017 Professor of Management Practice in Regulated Environments an der privaten Frankfurt School of Finance & Management
- 2017-2021 Vorsitzender des Aufsichtsrats der **UBS** Europe SE
- 2011-2016 Vorsitzender des Aufsichtsrats der **UBS** Deutschland AG
- 2011-2014 Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE
- **1999-08/2010 Ministerpräsident des Landes Hessen**
- 1999-2003 Aufsichtsratsvorsitzender der **Fraport** AG
- 1998-11/2010 stellv. Bundesvorsitzender der CDU
- 1998-06/2010 Landesvorsitzender der CDU in Hessen
- 1987-1991 hessischer Justizminister
- 1985-1999 Rechtsanwalt, spezialisiert auf Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht
- 1983-1987 stellv. Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands
- 1979 Mitglied des sogenannten **Andenpakt**

Quelle: <sup>[1]</sup>

## Mandate in Unternehmen und Stiftungen

---

- Vodafone Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats
- Peter Dussmann Stiftung, Mitglied des Stiftungsrat
- Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Mitglied des Aufsichtsrats
- AGB Capital (Tochter der AGB Real Estate Group), Mitglied des Beirats

(Stand: August 2023) Quelle: <sup>[2]</sup>

## Verbindungen / Netzwerke

---

### Ludwig-Erhard-Stiftung

---

Koch ist seit 11/2020 Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

### Wirtschaftsrat der CDU

---

Koch gehört dem Präsidium des [Wirtschaftsrat der CDU](#) an

## Fälle

---

### 2011: Kochs Wechsel in die Wirtschaft

---

Am 1. März 2011 wurde Koch Vorstandsmitglied und am 1. Juli 2011 Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger. <sup>[3]</sup>

Der Focus berichtete bereits am 23. Oktober 2010, ohne Nennung von Quellen, Koch verdiene jährlich rund 1,5 Millionen Euro und solle den Übergang zu einem Dienstleistungsunternehmen forcieren. <sup>[4]</sup>

Bilfinger baut nach Focus-Informationen derzeit mit einem Auftrag von 80 Millionen Euro die neue Nordwest-Landebahn des Frankfurter Flughafens. Das Projekt war viele Jahre in Hessen heftig umstritten. Koch hatte sich immer für den Ausbau stark gemacht.<sup>[5]</sup>

Der Blogger „Spiegelfechter“ kommentiert dazu:

„Auch ansonsten passen Bilfinger [Berger] und Roland Koch perfekt zusammen: Bilfinger [Berger] zählt mit seiner Tochter Bilfinger [Berger] Power Services, in deren Beirat die Vertreter von RWE und E.ON sitzen, zu den wenigen europäischen Konzernen mit Kompetenzen beim Bau von Kernkraftwerken, Koch ist ein bekennender Kernkraftfan. Bilfinger [Berger] steckt bis über beide Ohren im Kölner Klüngelsumpf rund um den Einsturz des Stadtarchivs bei einem Bauvorhaben des Konzerns, Roland Koch ist der brutalstmögliche Aufklärer. Bilfinger [Berger] sieht seine Zukunft vor allem als Dienstleister und PPP-Auftragnehmer zulasten des Steuerzahlers, Roland Koch ist ein bekennender Fan der Privatisierung zulasten des Steuerzahlers. Hier findet zusammen, was zusammen gehört.“<sup>[6]</sup>

An einer Ausschreibung zum Aufbau der Jura-Fakultät der **European Business School** (EBS) im Juli 2011 nahm Bilfinger nicht teil. Das Magazin Capital kommentierte, dass der Vorstandsvorsitzende Koch nicht in Verbindung gebracht werden wollte zu dem Projekt, dass er in seiner Zeit als Ministerpräsident mit aufgebaut hatte.<sup>[7]</sup>

Anfang August 2014 gab Koch seinen Rücktritt von Bilfinger bekannt. Grund dafür waren Differenzen mit Mitgliedern des Aufsichtsrats über mehrere negative Gewinnprognosen des Konzerns.<sup>[8]</sup> Im Nachhinein werden die Auswirkungen der während der Amtszeit von Koch getroffenen strategischen Entscheidungen negativ bewertet. Bei Kochs Amtsübernahme machte der Konzern 400 Millionen Gewinn, 2015 einen Rekordverlust von über einer halben Milliarde Euro. Auf einer Pressekonferenz 2012 hatte Koch für das Jahr 2016 noch einen Gewinn von 600 Millionen Euro prophezeit.<sup>[9]</sup>

## Koch und das ZDF - Politische Einflussnahme auf kritischen TV-Journalismus?

---

Koch gehörte seit 2002 dem ZDF-Aufsichtsrat an, der sich hauptsächlich mit Haushaltsfragen des Senders befasst. Ab dem Jahr 2007 war er stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsorgans. In die Kritik geriet Koch im November 2010 durch seine massive Einflussnahme bei der Besetzung des ZDF-Chefredakteursposten.<sup>[10]</sup> Der Vertrag des langjährigen Chefredakteurs **Nikolaus Brender** wurde u.a. auf Betreiben von Koch nicht verlängert. Während Koch dabei z.T. dramatisch gesunkene Zuschauerzahlen geltend machte, warfen ihm zahlreiche prominente ZDF-Mitarbeiter politische Einflussnahme vor. Die Welt schrieb:

„Die vom damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch angeführte Unionsmehrheit im Verwaltungsrat des Senders wollte den unbequemen Journalisten aber unbedingt loswerden.“<sup>[11][12]</sup>

## Koch und der Frankfurter Flughafen

---

Im Oktober 1997 stellte der Lufthansa-Vorsitzende **Jürgen Weber** die Forderung nach einer weiteren Flugpiste in Frankfurt. Dabei kam es zu ersten Protesten und es gründete sich das Bündnis „Kein Flughafen ausbau – Für ein Nachtflugverbot“, in dem über 60 Bürgerinitiativen der Region organisiert sind.

Die Gegner des Flughafenausbaus kritisieren vor allem die zunehmenden Lärmemissionen, die eine Erhöhung der Anzahl der Starts und Landungen pro Stunde mit sich bringt. Am 21. August 2009 entschied der Hessische Verwaltungsgerichtshof, dass die Landebahn Nordwest grundsätzlich gebaut werden darf. Jedoch entschied das Gericht auch, dass die im Planfeststellungsbeschluss der Hessischen Landesregierung vorgesehenen 17 Nachtflüge in der sogenannten Mediationsnacht zwischen 23 Uhr abends und 5 Uhr morgens nicht mit der Gesetzeslage vereinbar seien. Ministerpräsident Roland Koch, hatte einen Ausbau des Frankfurter Flughafens nur im Ausgleich gegen „null Nachtflüge“ versprochen. Jetzt klagt die Landesregierung gegen das VGH-Urteil, das genau dieses fordert. Dazu äußerte sich der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel wie folgt: „Niemand zwingt Ministerpräsident Koch und Posch, gegen ihr eigenes Versprechen zu klagen. Die Revision sei vielmehr vorsätzlicher Betrug an den Menschen der Region.“<sup>[13]</sup> Neben seinem Einsatz für den Ausbau des **Rhein-Main-Flughafens** geriet dabei auch seine Doppelfunktion als Ministerpräsident und Aufsichtsratsvorsitzender in die Kritik. Im November 2003 soll sich Koch dafür eingesetzt haben, dass die Gehälter zweier Vorstandsmitglieder um nahezu 50 Prozent angehoben werden. Vor dem Hintergrund, dass im selben Jahr das Weihnachtsgeld für die Betriebsrentner der **Fraport** ersatzlos gestrichen wurde, stieß auch dieses Vorgehen auf Kritik.<sup>[14]</sup>

## Spendenaffäre

---

Im Zusammenhang mit der Spendenaffäre der Bundes-CDU wurde auch eine Affäre der hessischen CDU bekannt. Unter anderem hatten der ehemalige Innenminister **Manfred Kanther** und der frühere CDU-Landesschatzmeister **Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein** mehrere illegale Parteispenden als angebliches Vermächtnis von verstorbenen Juden verbucht.

Roland Koch erklärte, diese Vorgänge seien ihm nicht bekannt gewesen, und er versprach die „brutalstmögliche Aufklärung“. Auf einer Pressekonferenz am 10. Januar 2000 verschwieg er trotz mehrfacher Nachfrage die Rückdatierung eines Kreditvertrags über 2 Mio. D-Mark, der Geldflüsse in der Parteibuchhaltung rechtfertigen sollte.

Unterstützt durch die CDU und den hessischen Landesverband der FDP verblieb Koch trotz mehrfacher Rücktrittsforderungen im Amt. Der damalige Chef der Staatskanzlei, **Franz Josef Jung**, trat hingegen zurück, was von Beobachtern als Bauernopfer interpretiert wurde. Die Opposition im hessischen Landtag kritisierte auch insbesondere, dass Kochs Wahlkampf 1998/1999 teilweise durch die schwarzen Kassen finanziert worden war, und versuchte, eine Annullierung der Wahl zu erreichen, was jedoch fehlschlug.<sup>[15]</sup>

## Zitate

---

*„Dieses wird sicherlich die wichtigste Entscheidung meiner bislang zwei Regierungszeiten werden, denn es werden mit dem Bau der neuen Landebahn über 40 000 neue Arbeitsplätze entstehen.“*<sup>[16]</sup>

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

- ↑ [Roland Koch](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 09.08.2023
- ↑ [Roland Koch](#), roland-koch.de, abgerufen am 09.08.2023
- ↑ [Roland Koch wird Konzernchef](#), sueddeutsche.de vom 23.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
- ↑ [Koch wird Bilfinger-Chef](#), focus.de vom 23.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
- ↑ [Koch wird Bilfinger-Chef](#), focus.de vom 23.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
- ↑ [Vom schwarzen Landesfürsten zum Mietkoch](#), spiegel.de vom 28. Oktober 2010, abgerufen am 2. Dezember 2010.
- ↑ Die Vergangenheit lässt grüßen. Capital Magazin, 07/2011, S. 12
- ↑ [Ronald Koch verlässt seine Baustelle](#), Wirtschaftswoche online vom 05.08.2014, abgerufen am 07.08.2014
- ↑ [Jetzt zeigt sich das ganze Chaos der Ära Roland Koch](#), Die Welt, 25. Mai 2016, zuletzt aufgerufen am 25. 5. 2016
- ↑ [Roland Koch scheidet aus ZDF-Verwaltungsrat aus](#), mediabiz vom 24. Januar 2011, abgerufen am 27. Januar 2011
- ↑ [Stets erster Diener seines Senders - Der ZDF-Intendant Schächter will aufhören](#), welt-online.de vom 26. Januar 2011, abgerufen am 27. Januar 2011
- ↑ [Debatte über ZDF-Chefredakteur - Koch macht Druck auf Brender](#), spiegel.de vom 25. Februar 2009, abgerufen am 27. Januar 2011
- ↑ [Landebahn Nordwest](#), rhein-main-wiki.de, abgerufen am 26.10.2010
- ↑ [Abgehobene Bezahlung](#), manager-magazin.de vom 02.11.2003, abgerufen am 26.10.2010
- ↑ [Wahlprüfungsgericht beim Hessischen Landtag](#), Website mitglied.multimania.de, abgerufen am 26.10.2010
- ↑ [Zitat der Woche](#), roland-koch.de, 14. Dezember 2007, abgerufen am 30. Oktober 2010.

## Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.** ist ein einflussreiches marktliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat der staatlich geförderte Verein die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Er ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen er auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Zu ihnen gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender des Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. sowie Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH und der Dussmann KGaA ist.<sup>[1]</sup> Die Vizepräsidentin des Wirtschaftsrats der CDU, Bettina Würth, ist Mitglied des Vereins.

### Ludwig-Erhard-Stiftung

**Rechtsfor** e.V.  
**m**  
**Tätigkeits** Wirtschaftsnahes Netzwerk zur  
**bereich** Verbreitung marktliberaler Ideen  
**Gründung** 1967  
**sdatum**  
**Hauptsitz** Bonn  
**Lobbybür**  
**o**  
**Lobbybür**  
**o EU**  
**Webadres** [www.ludwig-erhard-stiftung.de](http://www.ludwig-erhard-stiftung.de)  
**se**

Die Veranstaltungen des Vereins bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessen geleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Der Lobbyverein, der lange Zeit keine Einzelheiten seiner Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit des Vereins "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.<sup>[2]</sup> Das bedeutet, dass der Verein bereits damals aufgrund seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung gefördert worden ist.

Zu den Mitgliedern des Netzwerks gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft (Forum) 2023 mit einer Anschubfinanzierung gefördert hat.<sup>[3][4][5]</sup> Das Ministerium hat im Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 der Ludwig-Erhard-Stiftung für das Vorhaben „Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft“ als Projektförderung eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt, die für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024 gilt. Gleichzeitig beklagt der Verein, "dass Erfolg ohne Staatszuschuss in Deutschland nicht mehr möglich ist".<sup>[6]</sup> Das Forum ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden.<sup>[7]</sup> (Zu weiteren Einzelheiten der Förderung vgl. den Abschnitt "Finanzen", "Projektzuschüsse")

## Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung .....	40
2 Aktivitäten .....	40
3 Türöffner für Lobbyist:innen .....	41
4 Personelle Verflechtungen .....	41
4.1 CDU und nahestehende Institutionen .....	42
4.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken ....	42
4.3 Sonstige .....	42
5 Organisationsstruktur und Personal .....	43
5.1 Vorstand und Geschäftsführung .....	43
5.2 Mitglieder .....	44
5.3 Freundeskreis .....	45
6 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft .....	45
6.1 Aktivitäten .....	45
6.2 Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network .....	46
6.3 Leiter und Kuratorium .....	46
6.4 Kooperationspartner .....	47
6.5 Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung .....	47
7 Kooperationen .....	47
7.1 Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände .....	47
7.2 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken .....	48
7.3 Wirtschaftsrat der CDU .....	48
7.4 Konrad-Adenauer-Stiftung .....	48
7.5 Friedrich-Naumann-Stiftung .....	48
7.6 Die Familienunternehmer .....	48
7.7 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft .....	49

8 Finanzen .....	49
8.1 Allgemein .....	49
8.2 Kapitalstock .....	49
8.3 Projektzuschüsse .....	50
9 Zitate von Müller-Armack .....	50
10 Weiterführende Informationen .....	51
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	51
12 Einzelnachweise .....	51

## Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Verein vertritt dezidiert wirtschaftsliberale Positionen. Nach seiner Auffassung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.<sup>[8]</sup> Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Der Vorstandsvorsitzende Roland Koch nimmt die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr und lehnt staatliche Eingriffe ab: „Statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, macht die Politik kleinteilige Vorgaben.“<sup>[9]</sup>

## Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Der Verein gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kamingsgespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungszusammenhänge klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.<sup>[10]</sup> Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.<sup>[11]</sup> Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. Haupt-geschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), ehem. CDU-Politikerin
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, die den Verein seit Jahren fördert.<sup>[12]</sup>
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen, Mitglied des [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Zukunftsrates des Verbandes der Sparda-Banken e.V.
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Quelle: <sup>[13]</sup>

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

## Türöffner für Lobbyist:innen

---

Am Mittwoch, 8. November 2023, von 18 Uhr bis 19 Uhr, sprach Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, stv. Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung mit Dr. Christian Ehler MdEP, EVP-Koordinator im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und Dr. Pierre Gröning, Geschäftsführer des Europabüros Brüssel des [Verbandes der Chemischen Industrie](#) zum Thema „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“ Die Teilnahme an dieser Veranstaltung war auf Mitglieder der Ludwig-Erhard-Stiftung sowie auf Mitglieder des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung beschränkt.<sup>[14]</sup>

Am 23. Januar 2024 fand die erste Veranstaltung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft zur Bedeutung und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im HessenChemie Campus statt.<sup>[15]</sup> Teilnehmer waren u.a.: Oliver Coenenberg, Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident, Heiko Kasseckert, MdL/CDU und [Roland Koch](#), Präsident der Ludwig-Erhard-Stiftung, Präsidiumsmitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#). Coenenberg betonte, wie essenziell es sei, von seiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen.

Am Montag, 27. Januar 2025, 17:30 Uhr – 18:30 Uhr, spricht Dr. Joachim Seeler, Stv. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, mit Hildegard Müller, Präsidentin des [Verbandes der Automobilindustrie](#), über „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“.<sup>[16]</sup> Zu den eingeladenen Mitgliedern gehören auch Spitzenpolitiker.

## Personelle Verflechtungen

---

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

## CDU und nahestehende Institutionen

---

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#) (Roland Koch: Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- Konrad-Adenauer-Stiftung ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

## Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

---

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- AGA Unternehmensverband Hamburg (Volker Tschirsch: Hauptgeschäftsführer)
- Wirtschaftsverband [Deutsches Aktieninstitut](#) Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und Randolf Rodenstock: frühere Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“; Volker Wieland: Mitglied "Kronberger Kreis")
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#)/FDP-Politiker: Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

## Sonstige

---

- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums), Cornelia Woll: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtkorrespondent)

- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)
- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: Februar 2026)

## Organisationsstruktur und Personal

---

### Vorstand und Geschäftsführung

---

Vorsitzender des Vorstands:

**Roland Koch**, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023) Weiterhin ist er Mitglied des Verwaltungsrats der [American Chamber of Commerce in Germany](#)<sup>[17]</sup>

Stellvertretende Vorsitzende:

- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Initiatorin von [Unternehmer in Bewegung](#), Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger [SPD](#)-Politiker, Geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest, Vorstandsmitglied der Finanzplatzinitiative Hamburg e.V.
- Linda Teuteberg, Senior Advisor bei der Lobby-Agentur [FGS Global](#)<sup>[18]</sup>, ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1<sup>[19]</sup>
- Volker Wieland, Inhaber der Stiftungsprofessur für Monetäre Ökonomie, Geschäftsführender Direktor des [Institute for Monetary and Financial Stability](#), Mitglied des „Kronberger Kreises“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied im „Hessischen Zukunftsrat Wirtschaft“
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), seit 2024 Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium der Finanzen. Zuvor war er in verschiedenen Research-, Strategie- und Leitungsfunktionen für die Deutsche Bank AG, die Linde AG und die Deutsche Börse AG tätig

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Er ist weiterhin Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

## Mitglieder

---

Laut Lobbyregister hatte der Verein am 31.12.2023 86 Mitglieder (ausschließlich natürliche Personen). Bei den [hier](#) abrufbaren Mitgliedern<sup>[20]</sup> handelt es sich zu einem großen Teil um Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Otto Fricke](#) (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- [Bettina Stark-Watzinger](#) (FDP), ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Carsten Linnemann](#), Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Theo Waigel](#) (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Ursula Heinen-Esser](#), CDU-Politikerin und Lobbyistin über die [Heinen-Esser EH Strategische Beratung](#) und als Unterauftragnehmerin für [EUTOP](#)
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater des damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Volker Wieland](#), Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt, Mitglied des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- [Luise Hölscher](#), Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- [Hans-Werner Sinn](#), ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- [Veronika Grimm](#), Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- [Joachim Nagel](#), Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Burkhard Balz](#), Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- [Jens Weidmann](#), ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)

- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts
- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

## Freundeskreis

---

Der Freundeskreis bestand am 31.12.2022 aus 364 Einzelpersonen, Firmen und Körperschaften.<sup>[21]</sup> Der Jahresmindestbeitrag beträgt 100 Euro.

## Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

---

### Aktivitäten

---

Im August 2022 ist das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) (LEF) mit Sitz in Berlin auf Initiative der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände gegründet worden.<sup>[22][23]</sup> Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Über das Forum sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden.

Laut Webseite gibt es die folgenden [Formate](#):

- [Zivilisierte Provokation](#) Mit dieser Formatreihe wird geladenen Gästen Raum zur inhaltlichen Provokation geboten, welche anschließend gemeinsam mit dem Publikum aufgegriffen und debattiert wird.
- [Konferenz zur Aktualität der Ordnungsökonomik](#)
- [LEF Academy](#)
- [LEF LAB](#). Ziel ist es, Impulse für die Forschungsarbeit zu sammeln
- [Kooperationen](#):: [#Leipzig Colloquium](#), [#Erfurter Doktorandenseminar](#)

Das Leipzig Colloquium wird vom Forum-Leiter Stefan Kolev und Andreas Hoffmann, Senior Manager bei [Ernst & Young](#) sowie Referent beim Hayek-Kreis der Friedrich Naumann Stiftung<sup>[24][25]</sup> organisiert.<sup>[26]</sup> Partner sind: Ludwig Erhard Forum, [NOUS](#), [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Am 12.12. 2024 referierte [Peter J. Boettke](#) zum Thema "Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises".<sup>[27]</sup> Boettke ist Professor für Wirtschaftswissenschaften und Philosophie an der George

Mason University sowie Direktor des „F. A. Hayek Program for Advanced Study in Philosophy, Politics, and Economics“ am Mercatus Center an der George Mason University. Die [George Mason University](#) und ihr Mercatus Center werden von dem libertären Ölmilliardär [Charles G. Koch](#) sowie von Personen und Stiftungen aus seinem Umfeld finanziert und gesteuert wird. 2005 war Boettke Charles Koch Distinguished Alumnus, von 2016-2018 Präsident der [Mont Pelerin Society](#). Er ist Mitglied von [NOUS](#) und des Wissenschaftliche Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), das den Klimawandel leugnet.

## Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network

---

Das Forum hat im Rahmen der „Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau - Eine Blaupause für die EU-Kommission und die kommende Bundesregierung“ gemeinsam mit [Prometheus](#) und dem European Policy Information Center ([EPICENTER](#)) ein Impulspapier verfasst.<sup>[28]</sup> Das Papier ist eine Antwort auf den Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (The Future of European Competitiveness). Im Papier werden Handlungsempfehlungen für eine innovationsfreundliche und bürokratiearme Wirtschaftspolitik in Europa formuliert, sowohl an die neue EU-Kommission als auch die kommende Bundesregierung.<sup>[29]</sup> In dem Papier wird z.B. empfohlen: „Daher sollten EU-Richtlinien und -Verordnungen, die das Funktionieren der Energiemärkte betreffen, den Schwerpunkt auf die Förderung des Wettbewerbs und den Abbau unnötiger Regulierung legen. Es ist notwendig, alle Preisregulierungen und Preiskontrollen sowohl auf den Großhandels- als auch den Einzelhandelsmärkten für Strom und Gas schrittweise abzubauen. Förderprogramme für erneuerbare Energien und andere spezifische Technologien sind zu prüfen und sind spätestens einzustellen, sobald diese Technologien wirtschaftlich konkurrenzfähig geworden sind.“<sup>[30]</sup> Bei der Einwirkung des Forums auf die europäische Gesetzgebung handelt es sich um staatlich (mit-)finanzierte Lobbyaktivitäten (vgl. Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung).

Im [EPICENTER](#) kooperieren europäische Partner des [Atlas Network](#) - unter ihnen [Prometheus](#), von denen einige Zweifel am menschengemachten Klimawandel und dessen Auswirkungen verbreiten. 2023 ist [EPICENTER](#) mit dem [2023 Europe Liberty Award](#) des [Atlas Network](#) ausgezeichnet worden. Großspender von [EPICENTER](#) sind die Swedish Free Enterprise Foundation und die Confederation of Swedish Enterprise.

Am 28. Januar 2025 gab es zur Kampagne eine Podiumsdiskussion mit [EPICENTER](#) und der Friedrich Naumann Stiftung, deren Kuratoriumsmitglied Forum-Leiter Stefan Kolev ist, als Co-Veranstalter.<sup>[31]</sup>

## Leiter und Kuratorium

---

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des [Walter Eucken Institut](#) und des globalen Elitenetzwerks [Mont Pelerin Society](#).<sup>[32]</sup> Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des [Humboldt Forums Wirtschaft](#) und Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#).<sup>[33]</sup> Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.<sup>[34]</sup> Auch bei der [Jahrestagung 2023](#), die vom [Cato Institute](#) und [Stand Together](#) gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: <sup>[35]</sup>

## Kooperationspartner

---

Zu den Kooperationspartnern gehören nach eigenen Angaben: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Initiative Selbständiger Immigrantinnen e.V., [NOUS](#), [Walter Eucken Institut](#), Wilhelm Röpke Forum und [Zentrum Liberale Moderne](#)<sup>[36]</sup>

## Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung

---

Die Gründung des Forums wurde durch eine Anschubfinanzierung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich. Im Antrag auf Förderung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung hat die Ludwig Erhard Stiftung das Vorhaben wie folgt beschrieben: Die Aktivitäten des Forums reichten von der Politikberatung bis zur allgemeinen Wissensvermittlung. Im wissenschaftlichen Austausch mit Experten und Interessengruppen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würden Konzepte und Strategien erarbeitet, die Grundlage für die politische Beratungstätigkeit sowie des Wissenstransfers in die breite Öffentlichkeit seien. <sup>[37]</sup> In der Ludwig Erhard Stiftung sind ausschließlich Interessengruppen der Wirtschaft und wirtschaftsnahe Experten vertreten, die in vielen Fällen auch Gutachten für Lobbyorganisationen erstellen. Der Vorstandsvorsitzende [Roland Koch](#) beschreibt seinen Auftrag als Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH im [Lobbyregister](#) wie folgt: „Allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten“. Die Ludwig Erhard Stiftung und ihr Forum bietet Wirtschaftsverbänden und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Sicht von Wirtschaft und Gesetzgebung Politikern und der Öffentlichkeit nahezubringen, ohne dass ein Lobbybezug sofort zu erkennen ist. Diese Aktivitäten werden sogar staatlich gefördert.

## Kooperationen

---

### Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände

---

Das Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft (LEF) ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden. <sup>[38]</sup> Auf der ersten Veranstaltung des LEF, die am 23.01.2024 im HessenChemie Campus stattfand, betonte Oliver Coenberg (Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident), wie essenziell es sei, vonseiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen. <sup>[39]</sup> Am 11.02.2025 findet eine Veranstaltung „KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?“ der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, der ODDO BHF und der Ludwig-Erhard-Stiftung statt. <sup>[40]</sup>

## "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

---

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.<sup>[41]</sup> Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023: „Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden Diskussionssteilnehmern<sup>[42]</sup>

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung e.V., Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker
- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung e.V., Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Hauptgeschäftsführer des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#), ehem. CDU-Politiker
- Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

## Wirtschaftsrat der CDU

---

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und der Verein bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.<sup>[43]</sup> In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.<sup>[44]</sup> Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.<sup>[45]</sup>

## Konrad-Adenauer-Stiftung

---

Die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.<sup>[46]</sup> Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.<sup>[47]</sup> Das Promotionskolleg der Konrad-Adenauer-Stiftung steht seit 2015 unter der Schirmherrschaft des Vorstandsvorsitzenden Roland Koch.<sup>[48]</sup>

## Friedrich-Naumann-Stiftung

---

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. und der Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.<sup>[49]</sup> Stefan Kolev, Leiter des Ludwig Erhard Forums, ist Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung.

## Die Familienunternehmer

---

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag des Vereins und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis,

dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO2-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO2-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO2 zu finden.“<sup>[50]</sup>

## Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

---

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), die [Deutsche Stiftung Eigentum](#), die [Stiftung Familienunternehmen](#) und die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#).<sup>[51]</sup>

## Finanzen

---

### Allgemein

---

Die Mittel für die Aktivitäten der marktliberalen Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. sollen durch freiwillige Beiträge, durch Spenden und öffentliche Fördermittel aufgebracht werden. Bis zum erstmaligen Eintrag der Stiftung in das Lobbyregister im April 2024 war die Finanzierung der Stiftung intransparent.<sup>[52]</sup> Der nach § 15 der [Satzung](#) aufzustellende Jahresabschluss und Geschäftsbericht wurden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlten folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Seit April 2024 ist beim Lobbyregister der [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) abrufbar, in dem die Tätigkeit und Finanzierung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. detailliert beschrieben wird.

2023 lagen die Zuwendungen der öffentlichen Hand zwischen 390.001 und 400.000 Euro (Bundesministerium für Bildung und Forschung), die Schenkungen und sonstigen lebzeitigen Zuwendungen insgesamt zwischen 420.001 und 430.000 Euro und die Mitgliedsbeiträge zwischen 20.001 bis 30.000 Euro.<sup>[53]</sup>

## Kapitalstock

---

Laut [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) hat der Verein einen Kapitalstock in Höhe von 6 Mio. Euro, der auf eine Zuwendung des Bundes (Bundewirtschaftsministerium) aus dem Bundeshaushalt 1989 zurückgeht. Die Zuwendung erfolgte unter der Voraussetzung, dass von dritter Seite – also aus privaten Spenden – ein Betrag von mindestens gleicher Höhe erbracht wird. Diese Bedingung wurde erfüllt. 1989 war Helmut Kohl (CDU) Bundeskanzler und Helmut Haussmann (FDP) Bundeswirtschaftsminister. Die Mitgliederversammlung hat am 02.10.2003 dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 1.123.556,24 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Sie hat am 27.06.2008 dem Vorschlag des damaligen Schatzmeisters, Martin Grüner, über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 500.000,00 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Der FDP-Politiker war bis 1990 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und zuletzt im Bundesumweltministerium und danach von 1997 bis 2014 Schatzmeister des Vereins.

## Projektzuschüsse

---

Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen.<sup>[54]</sup> Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es blieb unklar, in welchem Umfang die Stiftung danach Bundeszuschüsse erhalten hat. Bekannt ist, dass sie im Jahr 2022 aufgrund eines Kooperationsvertrags vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 124.828,34 Euro gefördert wurde.<sup>[55]</sup>

Im Dezember 2021 ist Bettina Stark-Watzinger (FDP), die Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. ist, Bundesministerin für Bildung und Forschung geworden. Am 30. November 2022 hat die Stiftung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung den Antrag gestellt, die Gründung des **Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft** zu fördern. Mit Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 hat das Ministerium der Stiftung für dieses Vorhaben eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt.<sup>[56][57][58]</sup> Die Zuwendung für dieses Projekt soll wie folgt zur Verfügung gestellt werden: 400.000 Euro im Haushaltsjahr 2023, 410.578,72 Euro im Haushaltsjahr 2024. Nach Angaben des Ministeriums ist Grundlage für die Förderung, deren Notwendigkeit nicht erläutert wird, der Beschluss des Haushaltsausschusses vom 19. Mai 2022.<sup>[59]</sup> Dieser habe im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens auf Antrag der AG Haushalt der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17. Mai 2022 für das Jahr 2022 bestimmt, dass das genannte Vorhaben der Ludwig-Erhard-Stiftung gefördert werden soll. In dem Antrag wird die Förderung wie folgt begründet: "Das „Ludwig Erhard Forum für Politik und Wissenschaft“ soll die Bestrebungen verstärken, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als besondere Form einer friedentiftenden Gesellschaftsordnung in der internationalen Wirtschaftswissenschaft besser zu verankern."<sup>[60]</sup> Die Sitzungen des Haushaltsausschusses sind nicht öffentlich; Sitzungsprotokolle und Ausschussdrucksachen sind nicht für eine Veröffentlichung bestimmt. Es bleibt somit unklar, ob und von welchen seiner Mitglieder weitere Gründe für die Förderung vorgetragen worden sind. Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und Mitglied im Haushaltsausschuss, ist ebenfalls Mitglied der Ludwig Erhard Stiftung. Welche Akteure aus der Politik und/oder dem Ministerium sich für die Förderung des Ludwig-Erhard-Forums eingesetzt haben, ist nicht bekannt. In einer Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024 erklärte ein Sprecher des Ministeriums, dass Bundesministerin Stark-Watzinger „an keiner Stelle in dem genannten Förderprozess beteiligt war“.<sup>[61]</sup>

Im Jahr 2023 erhielt die Stiftung laut [Lobbyregister](#) die folgenden Projektzuschüsse:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung 390.001 bis 400.000 Euro
- Heinz Nixdorf Stiftung: 320.001 bis 330.000 Euro
- dm-Werner-Stiftung: 50.001 bis 60.000 Euro

## Zitate von Müller-Armack

---

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“<sup>[62]</sup>

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

#### Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

## Weiterführende Informationen

---

- [Wohlstand für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Lebenslauf](#), roland-koch.de, abgerufen am 05.05.2024
2. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
3. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
5. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister. bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
6. ↑ [Das süße Gift der Subventionen bleibt ein Gift!](#), ludwig-erhard.de vom 01.09.2023, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
8. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
9. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden](#), in: [Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
10. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
11. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), stiftung-westfalen.de, abgerufen am 06.05.2024
13. ↑ [Die Stiftung - Auszeichnungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 06.05.2024
14. ↑ [LES-Exklusiv: „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“](#), ludwig-erhard.de vom 08.11.2023, abgerufen am 26.01.2025
15. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025

16. ↑ [LES-Aktuell - „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.01.2025
17. ↑ [About Us](#), amcham.de, abgerufen am 04.12.2025
18. ↑ [Teuteberg wird Senior Advisor bei FGS Global](#), politik-kommunikation.de vom 02.03.2026, abgerufen am 04.03.2026
19. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
20. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
21. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
22. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
23. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
24. ↑ [Andreas Hoffmann](#), de.linkedin.com, abgerufen am 06.02.2025
25. ↑ [Festschrift fünf Jahre Hayek-Kreis Referenten](#), freiheit.org, abgerufen am 06.02.2025
26. ↑ [Contact](#), leipzigcolloquium.de, abgerufen am 06.02.2025
27. ↑ [#LeipzigColloquium: “Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises”](#), ludwig.erhard-forum.de, abgerufen am 04.02.2025
28. ↑ [Unsere Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 10.02.2025
29. ↑ [Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
30. ↑ [Gross Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
31. ↑ [Presseauftritt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 11.02.2025
32. ↑ [Team](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 07.08.2024
33. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen am 27.08.2022
34. ↑ [Speakers](#), mposlo.org, abgerufen am 27.08.2022
35. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023
36. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024
37. ↑ [Vorhabenbeschreibung](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 04.08.2024
38. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
39. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
40. ↑ [KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 04.01.2025
41. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
42. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
43. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
44. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig.erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
45. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
46. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
47. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
48. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024

49. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
50. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023
51. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
52. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
53. ↑ [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.04.2024
54. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
55. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
56. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
57. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
58. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024
59. ↑ [Frag den Staat Kooperationsvertrag mit der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 15.07.2024
60. ↑ [Antrag AG Haushalt der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.05.2022](#) Arbeitsunterlage für die Sitzung am 19. Mai 2022 TOP 31, Ausschussdrucksache: 1254
61. ↑ [Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024](#), bundesregierung.de, abgerufen am 18.07.2024
62. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

## Udo di Fabio

**Udo di Fabio** (\*26. März 1954 in Walsum), ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts, Professor am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn und Direktor des Forschungkollegs normative Gesellschaftsgrundlagen (FnG), ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#), für die er auch Gutachten erstellt. Von der Arbeitgeber-Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist er 2005 als "Reformer des Jahres" ausgezeichnet worden. Die Laudatio hielt Vorjahressieger [Friedrich Merz](#).<sup>[1]</sup> Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises 2015 der neoliberalen [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#).

Di Fabio war bis Dezember 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts. Bereits am 31. Oktober 2012 wurde sein Gutachten für den Deutschen Beamtenbund (DBB) zum Streikverbot für Beamte der Öffentlichkeit präsentiert.<sup>[2]</sup> Seit 2017 gibt es [Verhaltensleitlinien für Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts](#), in denen es unter „Verhalten nach dem Ende der Amtszeit“ heißt: „Die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts übernehmen in Sachgebieten ihres Dezernats in dem ersten Jahr nach ihrem Ausscheiden keine Beratungstätigkeit, erstatten keine Gutachten und treten nicht vor Gericht auf. Auch danach vertreten sie nicht vor dem Bundesverfassungsgericht. Sie vermeiden den Eindruck einer unangemessenen Verwertung internen Wissens“.

Nach seinem Ausscheiden als Richter des Bundesverfassungsgerichts hat di Fabio Gutachten für Wirtschaftsverbände erstellt, in denen Gesetzesvorhaben, die den Interessen der betroffenen Verbände widersprachen, als verfassungswidrig oder verfassungsmäßig bedenklich qualifiziert wurden. Di Fabio gehörte zu den Bundesverfassungsrichtern, die 2007 Regelungen zur Offenlegung von Einkünften von Abgeordneten für verfassungswidrig hielten. Einer der Kläger war [Friedrich Merz](#).

## Inhaltsverzeichnis

1 Stimmverhalten von di Fabio bei der Klage von Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften .....	54
2 Tätigkeit als Gutachter .....	54
3 Karriere .....	54
4 Verbindungen und Netzwerke .....	55
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	55
6 Einzelnachweise .....	55

## Stimmverhalten von di Fabio bei der Klage von Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit Urteil vom 4. Juli 2007 die Anträge von neun Bundestagsabgeordneten, zu denen u.a. [Friedrich Merz](#) gehörte, zurückgewiesen. Diese hatten sich im Wege der Organklage gegen § 44a Abs. 1 Abgeordnetengesetz, wonach die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Deutschen Bundestages steht, sowie gegen die Verpflichtung zur Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte gewandt. Nach Auffassung von vier Richtern waren die Regelungen nicht zu beanstanden. Nach Auffassung der anderen vier Richter, darunter di Fabio, war die Mittelpunktregelung nur in der gebotenen verfassungskonformen Auslegung mit Grundgesetz vereinbar. Diese 4 Richter hielten auch die Regelungen über die Anzeigepflicht für grundgesetzwidrig.

Quelle: <sup>[3]</sup>

## Tätigkeit als Gutachter

Di Fabio hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Gutachten erstellt. Beispiele für Gutachten für Wirtschaftsverbände sind:

- Lebensmittelverband Deutschland: [Staatliche Ernährungspolitik und Verfassung - 2021](#)
- bpa Arbeitgeberverband: [Erstreckung von Tarifvertragsnormen in der Pflege - 2019](#)
- Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA): [Gutachten zum Rx-Versandverbot- 2018](#)
- Verband Deutscher Privatschulverbände: [Gutachten Staatliche Infrastrukturverantwortung - 2018](#)
- [Stiftung Familienunternehmen: Die Reform der Erbschaftssteuer - 2015](#)
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: [Mindestlohn bei Zeitungszustellern Eingriff in Pressefreiheit - 2014](#)
- [Stiftung Familienunternehmen: Leitplanken für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion - 2013](#)
- Verband der deutschen Rauchtobakindustrie (VdR): [Gutachten zur EU-Tabakproduktrichtlinie - 2013](#)

In einem Gutachten im Auftrag des Freistaates Bayern vom Januar 2016 bestätigt di Fabio, dass die angedrohte Verfassungsklage des Freistaates gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung juristisch berechtigt sei.<sup>[4][5]</sup>

## Karriere

- 2012 Inhaber der Frank-Loeb-Professur an der Universität Koblenz-Landau
- 2011 Inhaber der Mercator-Professur an der Universität Duisburg-Essen
- seit 2003 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bonn (C4)

- 1999 - 2011 Richter des Bundesverfassungsgerichts (Zweiter Senat)
- 1997 Professor für Öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte an der Universität München (C4)
- 1994 - 1997 Direktor des Instituts für Umwelt- und Technikrecht an der Universität Trier
- 1993 Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Trier (C4)
- 1993 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Münster (C3)
- 1993 Habilitation (Bonn)
- 1990 - 1993 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1990 Promotion Sozialwissenschaft (Duisburg)
- 1986 - 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn
- 1987 Promotion Rechtswissenschaften (Bonn)
- 1985 - 1986 Richter beim Sozialgericht Duisburg
- 1985 Zweites Juristisches Examen (Düsseldorf)
- 1982 Erstes Juristisches Examen (Hamm)

Quelle: <sup>[6]</sup>

## Verbindungen und Netzwerke

---

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises 2015
- [Centrum für Europäische Politik](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Wissenschaft und Politik](#), Mitglied des Stiftungsrats
- [Deutsche Telekom Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Stiftung Familienunternehmen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Vodafone Stiftung](#), Mitglied des Beirats
- [Freshfields Bruckhaus Deringer](#), Vorsitzender des [Ethikkomitees](#)
- [Aktiongemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Vortrag: Gelenkte Marktwirtschaft: Vision oder Gefahr? 2018
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Redner bei der VII. Ludwig-Erhard-Lecture am 14. Oktober 2013
- [Walter Eucken Institut](#), Redner bei der Hayek-Vorlesung 2013
- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#), Träger des Hanns Martin Schleyer-Preises 2015
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) und Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Auszeichnung "Reformer des Jahres" (2005) für sein Buch "Die Kultur der Freiheit"

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Jury und FAS-Leser küren "Reformer des Jahres 2005": Verfassungsrichter Udo Di Fabio ist "Reformer des Jahres 2005"](#), [presseportal.de](#) vom 27.11.2005, abgerufen am 21.08.2021
2. ↑ [Di Fabio-Gutachten bestätigt Streikverbot für Beamte](#), [dbb.de](#) vom 31.10.2012
3. ↑ [Klage der Abgeordneten gegen Offenlegung von Einkünften erfolglos](#), Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Juli 2007, abgerufen am 20.08.2021
4. ↑ [Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem](#), [www.jura.uni-bonn.de](#), abgerufen am 20.04.2016

5. ↑ [Bayern Politisches Ränkespiel 12. Februar 2016](#), deutschlandradiokultur.de, abgerufen am 20.04.2016
6. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 20. 08. 2021

## Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Sie wird jedoch von über 600 Firmen "aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen" getragen.<sup>[1]</sup> Das Kuratorium und die Unterstützer bestehen in erster Linie Großkonzerne und Superreichen. In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Körperschaftsteuer).

Nach eigenen Angaben fokussiert sich die Stiftung auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie den diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zum Thema Familienunternehmen.<sup>[2]</sup> Hierzu gehören beispielsweise die Förderung von Forschungsarbeiten sowie die Unterstützung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrstühlen bzw. Instituten.

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2019, in dem Attac die Gemeinnützigkeit abgesprochen wurde, ist die Stiftung Familienunternehmen um die nicht gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ergänzt worden, die für die Lobbyarbeit zuständig ist.<sup>[3]</sup> Die Organe der neuen Organisation (Vorstand, Geschäftsführer und Kuratorium) sind mit denen der Stiftung Familienunternehmen identisch. Ein weiteres Organ ist der Förderkreis, dem ca. 600 umsatzstarke Firmen und Superreiche angehören, die die Ausrichtung der Organisation mitgestalten. Laut Greenpeace finanziert sich die Stiftung Familienunternehmen und Politik über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen, die individuell verhandelt werden.<sup>[4]</sup> Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

### Stiftung Familienunternehmen und Politik



**Rechtsform** Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

**Tätigkeitsbereich** Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen

**Gründungsdatum** 2002 (Stiftung Familienunternehmen), 2021 (Stiftung Familienunternehmen und Politik)

**Hauptsitz** Stuttgart (Sitz), München (Büro der meisten Beschäftigten)

**Lobbybüro** Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin

**Lobbybüro EU**

**Webadresse** [familienunternehmen.de](http://familienunternehmen.de)

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Jetzt spenden!

### Inhaltsverzeichnis

1 "Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik" .....	57
2 Definition von Familienunternehmen .....	58

3	Lobbystrategien und Einfluss	58
3.1	Aktivitäten	58
3.2	Projekte	59
3.3	Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)	59
3.4	Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer	59
3.5	Einfluss in der Wissenschaft	60
4	Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP	60
5	Erbschaftsteuer	60
5.1	Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer	61
5.2	Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016	62
6	Organisationsstruktur und Personal	63
6.1	Vorstand und Geschäftsführer	63
6.2	Kuratorium	64
6.3	Wissenschaftlicher Beirat	64
6.4	Förderkreis	64
7	Finanzen	65
8	Weitere Informationen	66
9	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
10	Einzelnachweise	66

## "Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** mit Sitz in Stuttgart hat 2021 die (nicht gemeinnützige) **Stiftung Familienunternehmen und Politik** mit Sitz in Stuttgart als ihren Lobbyarm gegründet.

Laut [Satzung](#) besteht der Zweck der Stiftung Familienunternehmen in der Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Familienunternehmertums in Europa. Stifter ist **Brun-Hagen Hennerkes**. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium. Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Nach ihrer [Satzung](#) ist der Zweck der Stiftung Familienunternehmen und Politik die Förderung des Familienunternehmertums, die Bildung von Netzwerken und der Diskurs politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Themen, soweit diese Familienunternehmen oder das Familienunternehmertum nachhaltig beeinflussen. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand, das Stiftungskuratorium und der Förderkreis. Der Stiftungsvorstand besteht aus mindestens einem Mitglied und aus höchstens vier Mitgliedern. Bis zu zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der nicht vom Stifter ernannten Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Die ersten Mitglieder des Stiftungskuratoriums werden für deren erste Amtszeit durch den Stifter berufen. Die weiteren Mitglieder

des Stiftungskuratoriums und die Nachfolger der ersten Mitglieder werden durch das gesamte Stiftungskuratorium mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungsvorstands oder des Förderkreises sein. Natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, können in den Förderkreis der Stiftung berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand.

## Definition von Familienunternehmen

---

Die Stiftung Familienunternehmen definiert Familienunternehmen wie folgt:

„Ein Unternehmen beliebiger Größe ist ein Familienunternehmen, wenn:

- sich die Mehrheit der Entscheidungsrechte im Besitz der natürlichen Person(en), die das Unternehmen gegründet hat/haben, der natürlichen Person(en), die das Gesellschaftskapital des Unternehmens erworben hat/haben oder im Besitz ihrer Ehepartner, Eltern, ihres Kindes oder der direkten Erben ihres Kindes befindet, und
- die Mehrheit der Entscheidungsrechte direkt oder indirekt besteht, und/oder
- mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt ist.

Börsennotierte Unternehmen entsprechen der Definition eines Familienunternehmens, wenn die Person(en), die das Unternehmen gegründet oder das Gesellschaftskapital erworben hat/haben oder deren Familie(n) oder Nachfahren, aufgrund ihres Anteils am Gesellschaftskapital mindestens 25 Prozent der Entscheidungsrechte hält/halten.“

Quelle: <sup>[5]</sup>

## Lobbystrategien und Einfluss

---

### Aktivitäten

---

Im [Lobbyregister](#) wird zu den Aktivitäten der Stiftung Familienunternehmen und Politik ausgeführt: „Zentrale Pfeiler der Stiftungsarbeit ist es, Unternehmensvertreter mit Politik und Wissenschaft in Austausch zu bringen. Gegenüber politischen Entscheidungsträgern nimmt die Stiftung die Interessen der Familienunternehmen auf nationaler und europäischer Ebene wahr. Dazu zählt das Verfassen von Stellungnahmen i. R. v. Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Europäischen Union, die Organisation von Gesprächs- und Diskussionsformaten mit politischen Entscheidungsträgern insbesondere auf Bundesebene, aus der Bundesverwaltung sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem werden politische Entscheidungsträger in die Veranstaltungen interner Fachgremien einbezogen. Auch bringen Vertreter der Stiftung ihren Sachverstand in Expertenanhörungen im Deutschen Bundestag oder in Fachgespräche der Bundesverwaltung ein.“

Die bekannteste Veranstaltung ist der [Tag des Familienunternehmens](#), der jährlich in Berlin stattfindet.

Die Lobbyausgaben werden im Lobbyregister für 2024 mit 200.001 bis 2.210.000 Euro beziffert. Es werden 5,4 Lobbyisten (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.

## Projekte

---

Zu den im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) genannten Regelungsvorhaben werden u.a. genannt:

- Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Belastungen
- Schutz personenbezogener Daten, von Betriebs- u. Geschäftsgeheimnissen im Online-Handelsregister
- Vorgaben der EU-Lieferkettenrichtlinie handhabbar und möglichst rechtssicher ausgestalten
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch haushaltsverträgliche Absenkung der Körperschaftsteuer
- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Verbesserung der Thesaurierungsregelung für Personenunternehmen

## Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)

---

Im [EU Transparenzregister](#) wird die Tätigkeit in Brüssel wie folgt beschrieben: „Die Stiftung Familienunternehmen und Politik verfolgt insbesondere die politischen und legislativen Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Steuerpolitik sowie im Bereich der Euro-Zone. Hierzu kommuniziert sie die aktuellen Erwartungen der Familienunternehmen an die europäische Politik.“ Zu den aktuellen Themen zählten die inhaltliche Entwicklung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD, (EU) 2022/2464) und die damit im Zusammenhang stehende Entwicklung und Umsetzung europäischer Sustainability Reporting Standards, ebenso die inhaltliche Entwicklung und Umsetzung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD, (EU) 2024/1760). Weiterhin werden erwähnt: die Betrachtung politischer und legislativer Entwicklungen im Hinblick auf gesamtheitliche bürokratische Belastungen für Familienunternehmen sowie die Verschiebung und Entwicklung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte ((EU) 2023/1115).

Das [European Forum for Family Businesses](#) dient dem politischen Austausch zwischen Vertretern verschiedener Institutionen der Europäischen Union, Wirtschaftsexperten, Wissenschaftlern und Familienunternehmen zu spezifischen politischen Themen.

## Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer

---

Im März 2025 startete die Stiftung gemeinsam mit „Business Punk“ und „The European“ eine Initiative „Das kann weg“, um vermeintlich überflüssige Bürokratie abzubauen.<sup>[6][7]</sup> Im Zwei-Wochen-Rhythmus präsentiert „Miss Bürokratieabbau“ [Dr. Gisela Meister-Scheufelen](#) Vorschläge, welche staatlichen Regelungen, Gesetze und Vorschriften ersatzlos gestrichen werden können. Business Punk und The European erscheinen bei der Weimer Media Group GmbH, deren Gesellschafter der Kulturstaatsministers Wolfram Weimer und dessen Ehefrau Christiane Götz-Weimer sind.<sup>[8]</sup> Die Weimer Media Group veranstaltet auch den „Ludwig Erhard Gipfel“ unter dem Motto „Wir vernetzen Entscheider“. Am 28. April 2025 ist Wolfram Weimer aus der Geschäftsführung der Weimer Media Group ausgeschieden, bleibt jedoch deren Gesellschafter.

Auch Focus Online beteiligt sich an der Lobby-Initiative.

## Einfluss in der Wissenschaft

---

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke ([Wittener Institut für Familienunternehmen](#)), Friedrichshafen ([Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen](#)) und Bayreuth ([Forschungsstelle für Familienunternehmen](#)). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen<sup>[9]</sup>. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt.<sup>[10]</sup> Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung Familienunternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, wie dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut, wissenschaftliche Gutachten und Studien. In diesen Veröffentlichungen wird unter anderem die Steuerbelastung für Unternehmen thematisiert. Das Ergebnis der Studien ist dabei fast immer, dass die Unternehmenssteuern gesenkt/nicht erhöht werden.<sup>[11][12][13]</sup>

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen oder -senkungen auf Unternehmen sind in der Wirtschaftswissenschaft jedoch umstritten. So schreiben beispielsweise einige Expert:innen der Einführung einer Vermögenssteuer oder einer Reform der Erbschaftssteuer positive Effekte für die Gesellschaft zu.<sup>[14]</sup>  
<sup>[15]</sup>

## Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP

---

Finanzwende hat 2024 Parteispenden von Personen ausgewertet, deren Zugehörigkeit zur Stiftung Familienunternehmen öffentlich nachvollziehbar ist – aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium oder in der Geschäftsführung der Stiftung.<sup>[16]</sup> Ausgewertet worden seien die Spenden ab 10.000 Euro für die Jahre 2017 bis 2022. Jüngere Zahlen seien noch nicht verfügbar. Das Ergebnis der Recherche: „Das Umfeld der Stiftung Familienunternehmen spendete in sechs Jahren mindestens 2,8 Millionen Euro an Union und FDP. Hauptprofiteure waren in erster Linie die Union (CDU 1.813.000 Euro und CSU 85.000 Euro) sowie die FDP (974.000 Euro). An die Grünen wurden 96.000 Euro gespendet. Für die SPD haben wir keine größeren Spenden aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen gefunden. Mit Abstand größter Spender war übrigens die Familie Oetker.“<sup>[17]</sup>

## Erbschaftsteuer

---

Laut „Finanzwende“ soll die Erbschaftsteuer ein wenig Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen.<sup>[18]</sup> Nach Art. 123 der Bayerischen Verfassung dient die Erbschaftsteuer „auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Die Bundesverfassungsrichter:innen Baer, Gaier und Masing haben in einem Sondervotum im [Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014 - 1 BvL 21/12](#), Rn. 3, den Sinn der Erbschaftsteuer wie folgt definiert: „Die Erbschaftsteuer dient (...) nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst.“  
<sup>[19]</sup>

Die Stiftung setzt sich - ganz im Interesse der sie fördernden Superreichen - seit Jahren für die Abschaffung /Senkung der Erbschaftsteuer ein. Dabei hat sich nach Angaben von „Capital“ das Gesamtvermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2001 von 263 Milliarden Euro auf 758 Milliarden Euro knapp verdreifacht.<sup>[20]</sup> Das Bruttoinlandsprodukt habe sich im selben Zeitraum lediglich verdoppelt. Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) kündige am 1. September 2025 an, die Erbschaftsteuer in Bayern mindestens um 50 Prozent zu senken.<sup>[21]</sup> Dagegen hat Jens Spahn (Fraktionsvorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion) im September 2025 eine ungerechte Vermögensverteilung angeprangert („Wir hatten in den letzten Jahren, gerade in der Niedrigzinsphase, die Situation, dass Vermögen eigentlich ohne größeres eigenes Zutun von alleine fast gewachsen ist“) und fordert eine Reform der Erbschaftssteuer.<sup>[22]</sup> Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt in der Studie „Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen“ vom Februar 2025 zu folgendem Ergebnis: „Das Spektrum geht von einer Abschaffung der Erbschaftsteuer bei der AfD (2025) bis hin zu einer deutlichen Erhöhung der Steuersätze bei der Linken (2025). Das BSW (2025) sieht eine einheitliche Besteuerung von Erbschaften vor. Die Parteien der demokratischen Mitte unterscheiden sich ebenfalls voneinander. CDU/CSU (2025) und FDP (2025) zielen auf eine Entlastung ab, indem die Freibeträge erhöht werden sollen. SPD (2025) und Bündnis 90/Die Grünen (2025) sehen Mehrbelastungen für Erben von großen Betriebsvermögen vor.“<sup>[23]</sup>

Zur Erbschaftsteuer stellt der Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2025 fest: „Bei Erbschaften und Schenkungen werden verschiedene Vermögensarten ungleichmäßig besteuert. Vor allem Betriebsvermögen werden steuerlich stark begünstigt. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer sollte reformiert werden, um für eine gleichmäßigere Besteuerung aller Vermögensarten zu sorgen. Dazu sollte die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen deutlich verringert werden, indem die Verschonungsregelungen erheblich eingeschränkt und die Erbschaft- und Schenkungsteuer stärker am Leistungsfähigkeitsprinzip ausgerichtet werden.“<sup>[24]</sup> Zur Begründung heißt es u.: „Der umfassende nachträgliche Steuererlass führt häufig dazu, dass sehr große Vermögensübertragungen vollständig oder fast vollständig steuerfrei erfolgen, obwohl die betroffenen Unternehmen über ausreichende Finanzierungs- und Ertragsmöglichkeiten verfügen, um eine Steuerzahlung ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen oder der Unternehmensfortführung zu leisten.“<sup>[25]</sup>

## Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer

---

Im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) benennt die Stiftung die Abschaffung der Erbschaftsteuer als eines ihrer Regelungsvorhaben. Sie begründet dies wie folgt:

„Die Besteuerung von Erbschaften ist kompliziert. Die Erhebungskosten sind hoch, insbesondere wenn zu den Kosten der Finanzverwaltung auch diejenigen der Steuerpflichtigen, die sich nicht in den reinen Deklarationskosten erschöpfen, hinzugerechnet werden. Viele Länder verzichten auf die Besteuerung von Erbschaften. Dort, wo Erbschaften besteuert werden, sind vielfach Weitergaben innerhalb der Familie von der Erbschaftsteuer befreit oder Betriebsvermögen ganz oder teilweise freigestellt. Durch diese volkswirtschaftlich begründeten Freistellungen kommt es jedoch vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten. Alle genannten Schwierigkeiten ließen sich vermeiden, wenn Deutschland – wie beispielsweise Schweden, Österreich und Portugal – die Erbschaftsteuer abschaffen würde.“

In dem Positionspapier [Ist die Erbschaftsteuer ungerecht?](#) wird versucht, vermeintlich falsche Thesen zur Erbschaftsteuer zu widerlegen.

„Finanzwende“ geht in der Publikation [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#) auf die Argumente der Lobby ein.<sup>[26]</sup> Dort wird u.a. festgestellt:

- Zwischen 2021 und 2023 lag der durchschnittliche gezahlte Steuersatz auf Multimillionen- und Milliardenvermögen im Schnitt bei nur 2,9 Prozent – im Jahr 2023 sogar bei lediglich 0,1 Prozent. Wer dagegen kleinere Beträge erbt, zahlte mehr als das Dreifache. Es gilt also: Je größer das Vermögen, desto kleiner der Steuersatz. Das ist Folge der sogenannten „Verschonungsbedarfprüfung“, einer Sonderregelung, durch die Multimillionär\*innen und Milliardär\*innen vollständig von der Steuer befreit werden können. Uns alle kostet das jedes Jahr bis zu 10 Milliarden Euro.
- Es gibt eine Vielzahl an Vorschlägen, wie die Erbschaftsteuer so gestaltet werden kann, dass sie Betriebe kaum belastet. Es wird zum Beispiel diskutiert, ob die Steuerschuld über Jahre gestreckt oder teilweise durch Übertragung von Unternehmensanteilen beglichen werden könnte. Die Höhe der Erbschaftsteuer wird im Übrigen ohnehin danach bemessen, wie viele Gewinne künftig aus dem Unternehmen zu erwarten sind – sind weniger Gewinne zu erwarten, fällt die Bewertung des Unternehmenswertes geringer aus und damit die anfallende Erbschaftsteuer.
- Die Unternehmenslobby warnt zwar oft vor Arbeitsplatzverlusten – Belege dafür gibt es aber nicht. Im Gegenteil: Die Ausnahmen für Unternehmensvermögen können dem Wirtschaftsstandort langfristig schaden und Arbeitsplätze kosten. Das zeigen der Beirat des Finanzministeriums und die OECD in ihren jeweiligen Berichten.

## Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016

---

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftsteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.<sup>[27]</sup> Gemeinsam mit dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftsteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.<sup>[28]</sup> <sup>[29]</sup>

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftsteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.<sup>[30]</sup> Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und [Die Familienunternehmer - ASU](#), worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.<sup>[31]</sup> Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftsteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.<sup>[32][33]</sup> Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.<sup>[34][35]</sup> Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Betriebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.<sup>[36]</sup> Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert<sup>[37]</sup> und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt."<sup>[38]</sup>

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit [Die Familienunternehmer, ASU](#) sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.<sup>[39]</sup> Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.<sup>[40][41]</sup>

Laut Süddeutscher Zeitung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.<sup>[42]</sup> Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erben oder geschenkt bekamen. Die Auswirkungen der Erbschaftssteuerreform 2016 und die verfassungsrechtlichen Zweifel am ErbStG 2016 werden in einer [Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit, der Bürgerbewegung Finanzwende und taxmenow vom Mai 2023](#) erläutert.

## Organisationsstruktur und Personal

---

Stifter im Sinne der [Satzung](#) ist ihr Gründer [Brun-Hagen Hennerkes](#). Die Adresse in Stuttgart ist zugleich Sitz der Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz, die auf die Beratung von Großunternehmen und vermögenden Unternehmerfamilien spezialisiert ist.<sup>[43]</sup>

Die Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium.

## Vorstand und Geschäftsführer

---

Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium.

Vorstandsmitglieder sind:

- Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, einer auf die Beratung von Familienunternehmen und Unternehmerfamilien spezialisierten Sozietät, Mitglied zahlreicher Aufsichts- und Beiräte<sup>[44]</sup>
- Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo SE & Co. KG in Stuttgart, Mitglied des [Wirtschaftsforums](#) der FDP im Deutschen Bundestag (bis zum Ausscheiden der FDP aus dem Parlament)

Geschäftsführer sind Stefan Heidbreder und David Deißner

Quelle: <sup>[45]</sup>

## Kuratorium

---

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen laut Satzung Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.<sup>[46]</sup> Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel, E. Merck und dm, deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel, Merck und Werner selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Zu den Kuratoren gehören auch der ehem. FDP-Vorsitzende Christian Lindner, Bundesminister a.D. **Hans-Peter Friedrich** (CSU) und **Günther Oettinger** (CDU).

## Wissenschaftlicher Beirat

---

Mitglieder sind (Stand: Oktober 2025)<sup>[47]</sup>:

- Rainer Kirchdörfer (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- **Udo di Fabio**, Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises der **Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung**, Verfasser von Auftragsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Bundesverfassungsrichter a.D.
- **Clemens Fuest**, Präsident des **ifo Institut für Wirtschaftsforschung**, Verfasser der Studie **Zur Debatte über die Einführung einer Nettovermögensteuer in Deutschland 2021** für die Stiftung Familienunternehmen
- Gabriel Felbermayr, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- Hans-Werner Sinn, Vorsitzender des Ausschusses „Ordnungspolitik und Grundsatzfragen“ der Lobbyorganisation **Wirtschaftsbeirat Bayern**, ehem. Präsident des **ifo Institut für Wirtschaftsforschung**. Bei der Anti-Windkraft-Initiative **Vernunftkraft** Thüringen äußerte Sinn im September 2024, die Pläne, auf Wind- und Sonnenstrom zu setzen, sei eine „irrsinnige Utopie“ und „erzwungene Deindustrialisierung“<sup>[48]</sup>. Dieser wiederholt vertretenen These wird von vielen Wissenschaftlern widersprochen.<sup>[49][50]</sup> Auch die Studie von Sinn, in der er einen Tesla als klimaschädlicher als einen Diesel-Pkw einstufte, ist von Wissenschaftlern kritisiert worden.<sup>[51][52]</sup>
- Kay Windthorst, Geschäftsführender Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Haniel Stiftung und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrat der Haniel & Cie. GmbH

## Förderkreis

---

Laut **Satzung** können natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, in den Förderkreis berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand. Die Mitglieder des Förderkreises dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungskuratoriums sein. Der Förderkreis hat folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes bei der Umsetzung des Stiftungszweckes
- Beratung bei der Findung und bei der Festlegung der vom Vorstand umzusetzenden Zielsetzungen

- Mitwirkung und Unterstützung des Vorstandes bei Kongressen, Veranstaltungen, Schulungen, Diskussionen mit und in politischen Gremien
- Mithilfe bei der Bildung von Netzwerken

Die Mitglieder des Förderkreises leisten jährliche Förderbeiträge an die Stiftung. Das Nähere regelt der Vorstand der Stiftung.

Eine vollständige Liste der rund 600 Förderer:innen ist weder öffentlich zugänglich noch auf Anfrage erhältlich.<sup>[53]</sup> Recherchen von Panorama konnten 123 Firmen identifizieren, die ihre Förderschaft bestätigt haben oder bei denen es gravierende Hinweise auf eine Unterstützung gibt und die dies nicht dementiert haben.<sup>[54]</sup> Danach gehören zu den Unterstützern in erster Linie Großkonzerne und Superreiche. Als Beispiele werden genannt:

- Schwarz-Gruppe, zu der u.a. Lidl und Kaufland gehören
- Rossmann, einer der größten Drogeriemarkt-Ketten Europas
- Deichmann, Europas größter Schuhhändler
- Würth-Gruppe, weltweiter Marktführer für Montage- und Befestigungsmaterial
- Bertelsmann, Europas größter Medienkonzern

Lediglich zwei Firmen seien kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro. Das entspreche einem Anteil von 1,6 Prozent. Demnach seien 98,4 Prozent der recherchierten Förderer Großunternehmen, also Firmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro.

Greenpeace hat in einer eingehenden Recherche einen Großteil der Förder:innen ermitteln können.<sup>[55]</sup> Eine Liste der Unternehmen, die Greenpeace der Stiftung zugeordnet hat, ist [hier](#) abrufbar. Eine Ergänzung vom 16.10.2025 findet sich [hier](#). Laut Greenpeace gehören 67 Prozent der der Stiftung zugeordneten Unternehmen Wirtschaftszweigen an, deren Klima- und Umweltschädlichkeit aufgrund sehr hoher Treibhausgasemissionen als „äußerst kritisch“ zu beurteilen ist.<sup>[56]</sup>

## Finanzen

---

Die Umsatzerlöse der Stiftung Familienunternehmen sind nicht bekannt. Auf ihrer Webseite wirbt sie für finanzielle Unterstützung - von einmaligen Zustiftungen bis hin zu jährlichen Zuwendungen.<sup>[57]</sup> Aus Gesprächen mit Insider:innen und internen Dokumenten hat Greenpeace erfahren, dass die jährliche Mindestspende für Förderer:innen bei 13.000 Euro pro Jahr liegt.<sup>[58]</sup> Die Spendenbeträge werden danach für jedes fördernde Unternehmen individuell festgelegt. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit einmaliger Förderbeiträge. Von den Fördersummen würden beispielsweise die Gehälter der 25 Stiftungsmitarbeitenden gezahlt, Auftragsstudien vergeben, das Doktorand:innenprogramm der Stiftung finanziert, und wissenschaftliche Institute finanziell unterstützt, die gezielt zum Familienunternehmertum forschen.

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik finanziert sich laut Greenpeace<sup>[59]</sup> hingegen nicht über Spenden, sondern über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen. Diese würden individuell verhandelt, hätten aber ebenfalls einen Mindestumfang von 13.000 Euro pro Jahr. Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Laut [Gewinn- und Verlustrechnung der Stiftung Familienunternehmen und Politik 2024](#) erzielte die Stiftung Familienunternehmen und Politik, deren Stiftungskapital 200 Tsd. Euro beträgt, 2024 Umsatzerlöse in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro.

## Weitere Informationen

---

- „Stiftung Familienunternehmen“ Lobby für Superreiche, tagesschau vom 25.09.2025
- Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025
- Reschke Fernsehen: Die Macht der Superreichen, 31.07.2025
- Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer, 17.09.2025
- Die Lobby der Superreichen: Gegen die Besteuerung von Reichtum, 17.02.2025
- Stellungnahme von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Finanzwende und taxmenow an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verfassungsbeschwerde gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz 2016 - Mai 2023
- Zeitenwende heißt: Steuerprivilegien für Superreiche kippen! Aktion beim Tag des deutschen Familienunternehmens, Finanzwende vom 01.07.2022
- Erbschaftsteuer - Die Lobby hat Erstaunliches erreicht, Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Der Transparenz verpflichtet](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
2. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
3. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
4. ↑ [https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche\\_Stiftung\\_Familienunternehmen.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf) Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
5. ↑ [Definition von Familienunternehmen](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 31.10.2025
6. ↑ [Das kann weg - Ideen für Bürokratieabbau](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 09.05.2025
7. ↑ [Das kann weg!](#), business-punk.com vom 13.03.2025, abgerufen am 09.05.2025
8. ↑ [Weimer Media Group](#), weimermedia.de, abgerufen am 09.05.2025
9. ↑ [Professor Brun-Hagen Hennerkes](#) Uni Witten-Herdecke, abgerufen am 15.05.2017)
10. ↑ [Publikationen/Studien Website Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [Standortfaktor Körperschaftsteuer](#) Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 04.04.2024
12. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
13. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
14. ↑ [Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern](#), Website DIW von 2021, abgerufen am 09.04.2024
15. ↑ [Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitenwende](#), Website WSI von 2023, abgerufen am 09.04.2024

16. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
17. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
18. ↑ [Verfassungswidrig ungerecht: Drei Gründe für eine Erbschaftsteuer ohne Privilegien für Superreiche](#), finanzwende.de vom 04.11.2022
19. ↑ [Grüne Bundestagsfraktion verteidigt Erbschaftsteuer](#), gruene-bundestag.de vom 25.07.2025, abgerufen am 20.10.2025
20. ↑ [Reichster Deutscher nun knapp drei Milliarden reicher](#), zdfheute.de vom 08.10.2025
21. ↑ [Erbschaftsteuer nach Söder-Vorschlag: Tabelle zeigt Kosten für Erben](#), merkur.de vom 11.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
22. ↑ [Spahn kritisiert Ungleichheit - und erntet Beifall](#), tagesschau.de vom 12.09.2025, abgerufen am 21.12.2025
23. ↑ [Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [Pressemitteilung](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
25. ↑ [Jahresgutachten 2025, Ziffer 433](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
26. ↑ [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#), finanzwende.de vom 17.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
27. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster](#), Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017
29. ↑ [Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt](#), Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
30. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
31. ↑ [Christoph Butterwege: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
32. ↑ [Familienunternehmen gewinnen Lobbyschlacht um die Erbschaftsteuer](#), sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ [Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer"](#), spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
34. ↑ [Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe](#), tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
35. ↑ [Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung](#), Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
36. ↑ [Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise](#), Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
37. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
38. ↑ [Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an](#), Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
39. ↑ [<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf> Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
40. ↑ [Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung](#), Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017

41. ↑ [Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden](#), LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
42. ↑ [Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern](#), sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
43. ↑ [https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche\\_Stiftung\\_Familienunternehmen.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf) Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
44. ↑ [Prof. Rainer Kirchdörfer](#), hennerkes.de, abgerufen am 24.10.2025
45. ↑ [Vorstand & Geschäftsführung](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 26.01.2025
46. ↑ [Kuratorium](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
47. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
48. ↑ [Vortrag Prof. Dr. Hans-Werner Sinn](#), thlemv.de vom 27.09.2024, abgerufen am 25.01.2025
49. ↑ [Wie Hans-Werner Sinns alte These, dass die Klimapolitik schlecht fürs Klima ist, immer neue Ehrenrunden dreht](#), ubermedien.de vom 05.08.2023, abgerufen am 25.01.2025
50. ↑ [Kommentar zu Hans-Werner Sinn sowie die Erwiderung von Sinn](#), in: Jahrbuch Ökologische Ökonomik, claudiakemfert.de, abgerufen am 26.01.2025
51. ↑ [Wissenschaftler kritisieren Studie scharf](#), wiwo.de vom 08.05.2019, abgerufen am 26.01.2025
52. ↑ [Was Hans-Werner Sinn bei seiner Elektroauto-Studie übersehen hat](#), wiwo.de vom 19.04.2019, abgerufen am 26.01.2025
53. ↑ [https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche\\_Stiftung\\_Familienunternehmen.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf) Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
54. ↑ [Lobby für Superreiche?](#), tagesschau.de vom 25.09.2025, abgerufen am 19.10.2025
55. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
56. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
57. ↑ [Förderer werden](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 22.20.2025
58. ↑ [https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche\\_Stiftung\\_Familienunternehmen.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf) Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
59. ↑ [Förderer werden](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 22.20.2025